Kulturkampf in Albanien Seite 6

C 21246 D

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 28 vom 21. Juli 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

Brecht den Tariffrieden - Kampf dem reaktionären DGB - Apparat !

Ob bei Klöckner oder Vulkan in Bremen, ob in kleineren Betrieben wie Bänninger in Gießen – überall hat die Verschlechterung der Lebenslage den Haß auf die Kapitalisten, die Bereitschaft zum Kampf verstärkt. Spricht man mit den Kollegen, so wird klar, es geht in diesen Streiks nicht allein um die Pfennige. Es geht wie schon im Frühjahr um die Frage: Wer ist der Stärkere, die Kapitalisten oder die Arbeiter? Wie es bei Hoesch und bei HuF damals hieß: Wir werden kämpfen, wir werden siegen, der Vorstand wird unterliegen!

Die Kollegen erleben, dass sie bei diesem Kampf nicht nur dem Betriebs- und Entlassungsterror der einzelnen Kapitalisten ausgesetzt sind. Bei John Deere in Mannheim schützte der Staat mit dem Polizeiknüppel die Ausbeutermacht, bei Mannesmann in Duisburg drohten Staatsanwalt und Klassengericht den Streikenden. Die Aufrüstungsmassnahmen von Polizeiminister Weyer in NRW zeigen, dass das Kapital seine entscheidende Waffe gegen die Arbeiterklasse, den Staat, immer mehr schärft.

In seinem Kampf zur Erhaltung der Macht fürchtet das Kapital vor allem seinen Todfeind, die KPD/ML, die allein die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen zum Sturz des Systems führen kann. Dabei versucht es, die Partei von ihrer Klasse zu trennen, zu verhindern, dass sich die Arbeiter um die Partei scharen und sich in ihr organisieren. Diesem Zweck dient auch das Betriebsfriedensgesetz, das die Arbeit der Kommunistischen Partei im Betrieb, Aktivitäten revolutionärer Arbeiter verhindern soll.



BREMER WERFTARBEITER MARSCHIEREN

Gewerkschaften
Entscheidende Front im Klassenkampf

Ein entscheidendes Kampffeld, um die Verbindung der Partei mit der Klasse, die Bildung einer breiten revolutionären Kampffront verhindern soll, sind die Gewerkschaften.

Immer fester nehmen Kapital und Staat die DGB-Gewerkschaften in die Hand, wird der DGB-Apparat zu einem Unterdrückungsinstrument gegen die Arbeiterklasse ausgebaut.

Eines der Mittel dabei ist der Ausschlussterror. Drei DGB-Gewerkschaften haben inzwischen Ausschlussbestimmungen gegen Marxisten-Leninisten gefasst.

Terror war aber nie das alleinige Mittel der Bourgeoisie, die Arbeiterklasse von der Revolution, vom Kommunismus abzubringen.

Einher mit dem Ausschlussterror gegen Marxisten-Leninisten und klassenkämpferische Arbeiter geht die Propagierung der "guten Kommunisten", der Führer der D'K'P.

So ein Betriebsrat bei Elac in Kiel nachdem er mit seiner Kommunistenhetze bei den Kollegen nicht angekommen war: Er habe ja gar nichts gegen Kommunisten, er kenne ja auch sehr gute, nämlich die und die D'K'P-Mitglieder. Das ist nicht nur die Meinung dieses Betriebsrats, auch bei den Ausschlusserlassen sind die D'K'P-Mitglieder ausgenommen.

Diese Absicherung des Apparats, durch Ausschlussterror und Statuten, die eh schon die Handhabe bieten, jeden "wild" Streikenden auszuschliessen, einerseits und die verstärkte Arbeit mit Hilfe der Revisionisten von der D'K'P andererseits, zeigt, was Kapital und Bonzen zunehmend fürchten: Den konsequenten Kampf Klasse gegen Klasse, die Organisierung einer revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Die Furcht ist berechtigt. Denn auch das haben die Streiks der letzten Zeit gezeigt: Die Arbeiter gehen nicht nur daran, auf die eigene Kraft zu vertrauen und Formen der proletarischen Demokratie zu entwickeln, wie zum Beispiel die tägliche Streikversammlung bei Vulkan in Bremen. Der Kampfwille der Arbeiter schlägt sich auch in den V-Leute-Körpern, den Betriebsräten, ja sogar in DGB-Orts- und Kreisausschüssen nieder.

Was ist die Aufgabe der Kommunisten in dieser Situation?

Die D'K'P-Führer geben die Losung aus: Stärkt die Einheit in den DGB-Gewerkschaften! (Mit Kritik an einigen Führern, versteht sich). Mancher mag meinen, dass sich die Revisionisten damit selbst isolieren. Ist doch die Empörung über die Bonzen gross, sind doch die offiziellen DGB-Veranstaltungen von der Stadtteilversammlung bis zur Mai-Demonstration nur dünn besucht, mussten doch die Gewerkschaftsführer sogar schon die Zwangsmitgliedschaft einführen! Aber dieser Anschein trügt. Wenn auch immer wieder Arbeiter aus der Gewerkschaft austreten, so

Fortsetzung auf Seite 2

US-IMPERIALISTEN BOMBEN –
SOWJETIMPERIALISTEN SABOTIEREN –
DAS VOLK KAMBODSCHAS KÄMPFT BIS ZUM SIEG

Mit Lon Nol wird nicht verhandelt



In pausenlosem Einsatz wird vor allem das dichtbevölkerte Gebiet um Phnom Penh von der gesamten in Südostasien stationierten US-Luftwaffe bombardiert. Doch der eiserne Ring der kambodschanischen Volksstreitkräfte schliesst sich immer enger um Phnom Penh.

Um sich aus dieser aussichtslosen Lage zu retten und das Gesicht zu wahren, schieben die USA ihre Marionette Lon Nol vor und behaupten, Verhandlungen zwischen der königlichen Regierung von Kambodscha, Prinz Sihanuk, und der Lon Nol Clique würden eine friedliche Lösung möglich machen. Samdech N'' Sihanuk aber hat erklärt, dass er als Vertreter des Kambodschanischen Volkes nicht bereit ist, Zugeständnisse an die USA und ihre Marionetten in Phnom Penh zu machen und eine Teilung des Landes zuzulassen.

Unter Führung Samdech N'' Sihanuks haben die Volksstreitkräfte grosse Siege errungen: Allein in den Monaten Mai und April haben sie fast 30 000 Söldner der Marionettentruppen Lon Nols ausser Gefecht gesetzt. Die seit Ende Juni bereits eingeschlossene Stadt Chilea, 45 km von Phnom Penh, eroberten sie innerhalb von 11 Tagen. Die Provinzhauptstadt Kompong Cham ist durch ihre Einkreisung auf dem Landweg völlig vom Feind abgeschnitten. Die Hauptstadt Phnom Penh ist ebenfalls durch einen Blockadering völlig eingeschlossen. Nur unter grossen Verlusten gelingt es der Marionettenarmee mit Luftwaffenunterstützung der USA, vereinzelt auf dem Flusswege die Stadt zu versorgen.

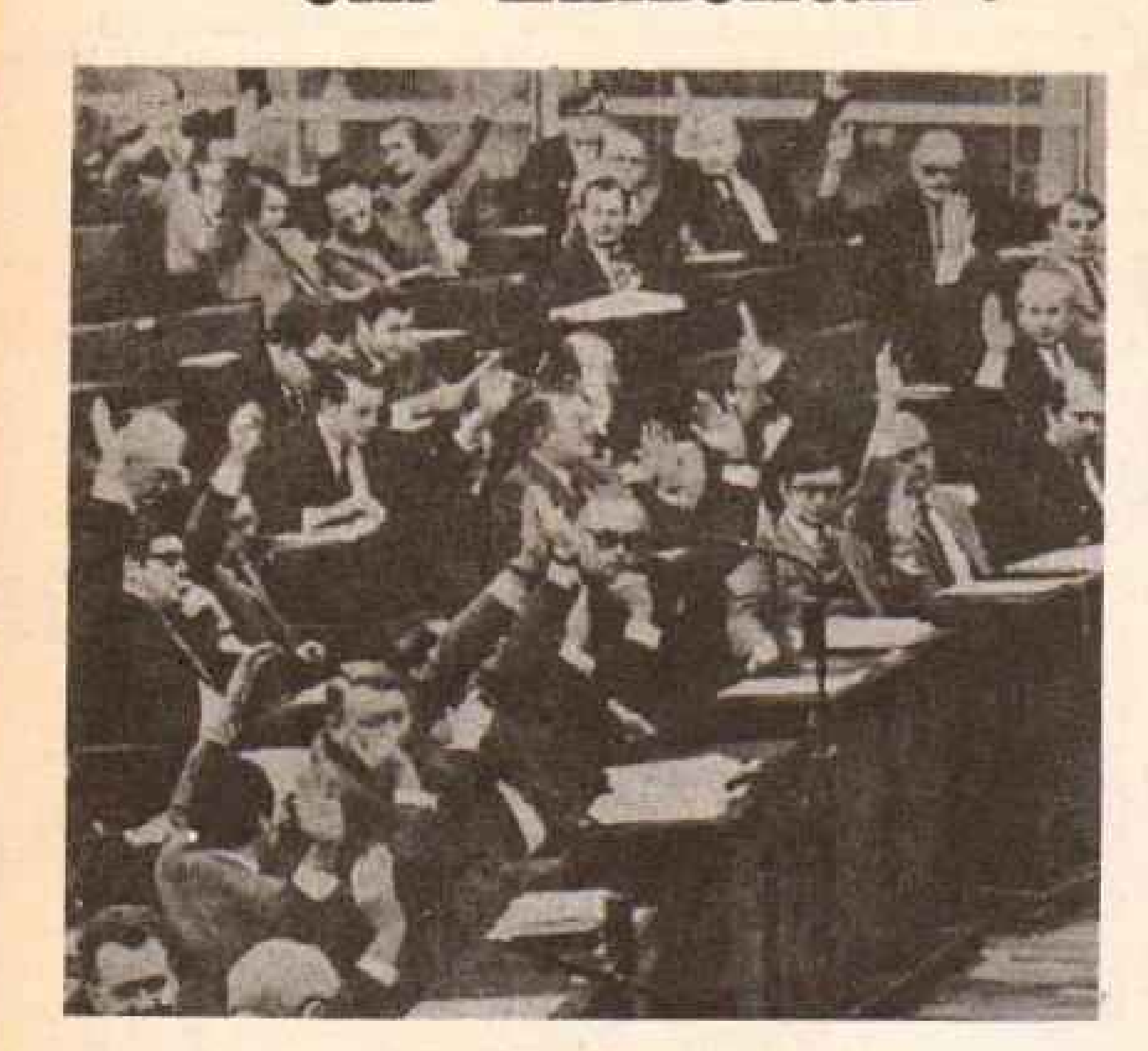
Auch innerhalb Phnom Penhs wird die Lage für die USA und ihre Lon-Nol-Regierung immer schwieriger. Viele Soldaten der Marionettentruppen erkennen die völlige Korruptheit des Lon Nol Systems. Demonstrationen von Soldaten, die ihren bisher nicht gezahlten Sold verlangen, Demonstrationen, die sich gegen die Preissteigerungen richten, bedrohen die Lon-Nol-Clique. Gruppenweise gehen rebellierende Soldaten in die befreiten Gebiete über.

Zugleich hat auf der ganzen Welt der Protest gegen die Bombardements der USA heftig zugenommen.

Fortsetzung auf Seite 5

AUS DEM INHALT:

Steiner - ein Einzelfall ?



Für Geld tun sie alles

Dem FDP-Abgeordneten Geldner werden 400 000 Mark angeboten, wenn er zur CSU übertritt.

Einige andere FDP-Abgeordnete treten tatsächlich gegen Barzahlung zur CDU/CSU über.

Schliesslich verkauft der ehemalige CDU-Abgeordnete Steiner bei der Abstimmung über das 'konstruktive Misstrauensvotum' seine Stimme für 50 000 DM, bar an die SPD.

In die Affäre verwickelt ist der damalige SPD-Abgeordnete Baeuchle, der den Kontakt zwischen Steiner und SPD herstellte.

Der Kontaktmann der SPD ist der Fraktionsgeschäftsführer Wienand. An ihm hängt noch der Dreck von der Affäre Paninternational, einer privaten Fluggesellschaft, der er gegen Barzahlung Vorteile verschafft hat. Er macht das Geschäft mit Steiner perfekt und händigt ihm die 50 Mille aus.

Bauunternehmer bestechen 'Stadtväter' und erfahren, welche Grundstücke sie aufkaufen sollen, damit sie bei ihrer vorgesehenen Bebauung einen guten Schnitt machen, wie z.B. im Fall Bolljahn und der DGB-Baugesellschaft 'Neue Heimat' in Hamburg.

Der 'Baulöwe' Kun kauft sich 'Mandatsträger', die ihm Aufträge und Informationen über Grundstücke zuschanzen.

Nach dem Konkurs von Kun wird bekannt, dass ihn Regierungskreise steuerlich begünstigt haben: sie haben ihn zu niedrig veranlagt und Steuern grosszügig und jahrelang gestundet.

Der Finanzamtsvorsteher von Moers, Wloszczynski, verschafft der CDU-Fraktion im Düsseldorfer Landtag Einblick in die Steuerakte Kun.

Letzter Rettungsversuch - Aktion Saubermann

So reiht sich Skandal an Skandal. Schliesslich beginnt die Häufung der aufgedeckten Skandale zu sehr zu stinken. Man setzt einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss für die Affäre Steiner ein und plant einen solchen Ausschuss für die Affäre Kun im Düsseldorfer Landtag. Man mobilisiert ein paar parlamentarische Saubermänner, die den Sumpf entgiften sollen. Diese Saubermänner müssen sich aber erst in zweiter Linie darum bemühen, dass sie ihre jeweiligen Parteispezis reinwaschen, den Wienand etwa oder den Wertz, den Finanzminister von NRW, der über die Steuermanipulationen im Fall Kun Bescheid gewusst hat. Bei allen wird ihnen das ohnehin nicht gelingen, manche werden sie sogar selber mit Dreck bewerfen müssen. Sie werden einige kleinere Fische über die Klinge springen lassen, um von den grossen abzulenken. Sie werden einige Fälle bewusst hochspielen, um zu zeigen, wie 'ordentlich' es im Parlamentarismus zugeht und dass die Korruption 'rigoros' bekämpft wird. Sie werden **in erster Linie** ihre Hauptaufgabe erfüllen und 'beweisen', dass die Skandale Ausnahmen im bürgerlichen Parlamentarismus sind und nicht die Regel. Sie werden dafür sorgen, dass nur die wenigen Skandale an der Oberfläche sichtbar bleiben und niemand auf die Idee kommt, tiefer im Sumpf zu rühren, denn da könnte er leicht die 99% noch nicht aufgedeckter Skandale zum Platzen bringen.

Das imperialistische System ist faul

Die Skandale sind keine Ausnahmen oder Auswüchse, sie sind untrennbarer Bestandteil des bürgerlichen Parlamentarismus. Das Parlament ist von Haus aus auf Betrug angelegt. Gewählt werden darf es vom Volk, aber vertreten muss es die Interessen der westdeutschen Imperialisten. Es muss die 'legale' Grundlage für die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch eine Handvoll Kapitalisten schaffen. Es muss die politische Unterdrückung der Arbeiter, Bauern und übrigen Werktätigen 'rechtlich untermauern'. Es muss diesem Staat als demokratischer Lendenschurz dienen, damit man nicht sofort erkennt, dass er das Hauptinstrument der Diktatur der Bourgeoisie ist.

Es darf niemand wundern, dass sich im Gefolge dieses



"Und ich frage das Hohe Haus...

...wer ist denn hier bestochen worden?

'legalen' Betrugs der 'illegale' Betrug einstellt. Wenn der Kapitalist 'legal' Milliarden aus der Arbeit vieler fleissiger Menschen herauspressen darf, warum soll sich dann nicht ein anderer 50 Mille etwas ausserhalb der bürgerlichen Legalität unter den Nagel reissen?

Ein Parlament, das die räuberischen Interessen der westdeutschen Imperialisten vertreten soll, kann nur aus solchen geldgierigen, korrupten Typen bestehen, weil es sonst den Auftrag der Imperialisten nicht erfüllt.

Der Imperialismus ist die Epoche des faulenden Kapitalismus. Die Skandale in Staat und Parlament sind ein Ausdruck dieser Fäulnis. Diese Fäulnis ergreift mehr und mehr alle imperialistischen Staaten, einschliesslich des alles beherrschenden US-Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus.
Die Verrottung des Imperialismus auf der ganzen Welt macht die proletarische Revolution zu einer unabdingbaren Notwendigkeit, verlangt die Zerschlagung der Diktatur der Bourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Kollegen zum Fall Steiner - Wienand

und was in 'Panorama' davon übrigbleibt.

Korrespondenz. Am 3.7. habe ich am Schalker Verein in Gelsenkirchen den Roten Morgen verkauft. Plötzlich kamen vier Fernsehleute vom Norddeutschen Rundfunk. Sie sagten, sie wollten die Arbeiter fragen, was sie vom Fall Steiner-Wienand hielten.

Kaum hatten sich die Fernsehleute aufgestellt, da kamen, obwohl noch gar nicht Betriebsschluss war, die ersten 'Kollegen': Betriebsräte und Mitglieder der SPD-Betriebsgruppe.

Prompt erklärten diese Leute dann, dass es nur einen 'Fall Steiner' gäbe. Der Angriff auf Wienand sei ein Versuch, die SPD zu diffamieren, weil die jetzt doch so viel Vertrauen beim Volk gewonnen hätte.

Dann kam einer von der christlichen Gewerkschaft und sagte, der Fall Wienand sei eine Schweinerei. Da hat er ja recht. Nur, dass seine Idole in der CDU/CSU solche Schweinereien seit Jahr und Tag machen, verschwieg er natürlich.

Ich habe dann zu den Fernsehleuten gesagt: Fragt doch mal wirkliche Kollegen, nicht nur die bestellten Betriebsräte.

Die Fernsehleute gaben sich liberal und befragten alle möglichen Kollegen, die jetzt – inzwischen war Betriebsschluss – aus dem Tor I kamen. Und da bekamen sie einiges zu hören: Fast alle waren empört über die Schiebereien im Parlament. Ein Kollege wetterte: So lange sei die SPD jetzt schon dran und für die Arbeiter habe sich überhaupt nichts gebessert. Im Gegenteil. Beim Schalker Verein soll es schon seit Jahren 500 DM Weihnachtsgeld geben – aber immer noch gibt's nur lumpige 100 DM usw. Der Fernsehmann unterbrach den Kollegen sofort: das habe nichts mit dem Fall Steiner zu tun.
Ein bisschen Empörung filmen, aber ja nicht zu viel!

Zum Schluss 'durfte' ich sogar noch sagen, was der Rote Morgen vom Fall 'Steiner-Wienand' hält.

Am Montag abend dann warteten die Kollegen gespannt auf die Arbeiterbefragung in Panorama.

Und dann kams. Ganze zwei Leute vom Schalker Verein: SPD-Betriebsrat und Vorstandsmitglied des SPD Ortsvereins Bulmke, Sadlowski und der christliche Gewerkschafter.

Kein Millimeter Film von den empörten Kollegen, kein Wort natürlich vom Roten Morgen. Nur zwei, drei Kollegen aus einem anderen Betrieb, die auch nicht viel sagten. Das ganze dauerte zwei Minuten.

So sieht das aus, wenn das 'kritische' Panorama die Arbeiter befragt. Die Kollegen werden missbraucht. Es wird nichts als Porpaganda für den Kapitalismus gemacht und dieses korrupte Ausbeutersystem verteidigt, wo es nur geht.

Wir dürfen uns keine Illusionen machen, dass das Fernsehen im Kapitalismus Propaganda für die Arbeietrklasse und den Kommunismus bringt. **Auch wenn wir einzelne Möglichkeiten, dort aufzutreten, ausnutzen, hauptsächlich müssen wir uns auf unsere egienen Propagandamittel verlassen, vor allem auf den Roten Morgen. Er muss die Stimme der Arbeiterklasse sein. Erst wenn die Arbeiterklasse die Macht hat, dann wird auch das Fernsehen die Wahrheit senden.**

Fortsetzung von S. 1

Vorwärts zur revolutionären Gewerkschaftsopposition !

wächst doch gerade bei sich verschärfenden Klassenkämpfen das Bedürfnis, sich zu organisieren. Die Mitgliederzahlen nehmen - trotz wilder Streiks - zu.

Wenn darum die Partei die Losung ausgibt: BRECHT DEN TARIFFRIEDEN! dann kann das nicht heissen, dass wir Kommunisten dabei stehen bleiben, wilde Streiks gut zu heissen und allein dazu aufzurufen, den Kampf **ohne** die Bonzen zu führen. Die Genossen bei Bänninger Giessen haben sehr gut gezeigt, was not tut: Sie haben in den Abteilungen, auf der Belegschaftsversammlung, im V-Leutekörper und im Betriebsrat als Kommunisten den Kampf gegen die reaktionäre Einheit von Bonzen und D'K'P-Führern aufgenommen. Sie haben klar gesagt, dass die Ursache der wirtschaftlichen Misere und der politischen Unterdrückung der Arbeiter im Ausbeutersystem selbst liegt. Sie haben klar gesagt, dass die Ausbeuterklasse, um zu verhindern, dass die Arbeiter sich von der Knechtschaft befreien, sich einen bewaffneten Apparat, den Staat geschaffen hat, der es unmöglich macht, auf 'friedlichem Weg' den Sozialismus zu erreichen. Die Solidarität der Kollegen mit diesen Genossen ist der beste Beweis, dass die Arbeiterklasse solche ehrlichen und mutigen Kämpfer braucht.

Es ist darum auch falsch, wenn es im Roten Morgen Nr.23 hiess, es sei die Aufgabe der Kommunisten, "die Organisierung und Ausrichtung dahin zu treiben, dass der Kampf eine moglichst groses Breite und Stosskraft erhält." ("Was ist die richtige Forderung?") Die gegenwärtige Bewegung zeigt klar, die Frage ist nicht, **ob** kämpfen, sondern **wie** kämpfen, damit der Sieg den Arbeitern gehört.

Unsere Aufgabe dabei ist, den Arbeitern zu helfen, den Trennungsstrich, den sie durch die Tat bereits zu allen Predigern der Klassenversöhnung ziehen, in einen bewussten Kampf zu lenken. Das entscheidende Kampffeld sind auch für uns die Gewerkschaften.

Wir müssen dabei in geduldiger Kleinarbeit, ähnlich wie die Giessener Genossen, revolutionäre Fraktionen in den DGB-Gewerkschaften bilden. Unser Ziel muss eine breite Revolutionäre Gewerkschaftsopposition sein, die fest an der Seite de[r] KPD/ML steht. Dieser Kampf is[t] Teil des Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse: der Erziehung und Organisierung der Massen für den bewaffneten Umsturz des imperialistischen Staates und der Errichtung der Diktatur des Proletariats.



Herausgeber: ZK der KPD/ML

Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 36 07. Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612.

Postscheckkonto Essen Nr. 464 20 – 435 (G. Schubert).

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Druck: Würzburger Schnelldruck. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags; Einzelpreis 50 Pfennig; Abonnement 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Hannover Streik bei Telefunken

Korrespondenz. Am Dienstag, den 10.7. streikten wir, ca. 600 Telefunken-Kollegen in Hannover, für die Dauer von 2 Stunden. Die gesamte Produktion war stillgelegt. Auch in Werk I streikten die Kollegen: Insgesamt über 2 200 Arbeiter.

Eine Woche vorher waren Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung über eine Teuerungszulage von 300 DM (netto) gescheitert.

Die Kollegen waren über Geschäftsleitung, Betriebsrat und IGM empört, und beschlossen, die Sache selbst in die Hand zu nehmen. Allerdings glaubten trotzdem noch viele, dass die IGM ihren Streik unterstützen würde. Manch einer hoffte, die V-Leute würden den Kampf organisieren.

Die V-Leute aber waren mit den Vorschriften des BVG und der Drohung als 'Rädelsführer' oder 'kommunistisch Verhetzte' gefeuert zu werden, systematisch eingeschüchtert worden.

Als die KPD/ML in Aktionseinheit mit dem KB-HAK die Kollegen in Flugblättern unterstützte, verlangten die Betriebsräte gleich, die V-Leute sollten sich davon distanzieren. Zwei V-Leuten, die das nicht einsahen, wurde gleich mit Ausschluss aus der Gewerkschaft und aus dem V-Leute-Körper gedroht.

Die Kollegen versammelten sich nach dem Frühstück auf dem Hof. Sofort waren hämisch grinsende Gehilfen der Geschäftsleitung zur Stelle, um alle bekannten Kollegen zu notieren und mit Drohungen und Verhöhnungen ("Ihr habt ja noch nicht einmal Sprecher") einzuschüchtern.

Kämpfen oder verhandeln ?

Umsonst. Die Kollegen, unter ihnen besonders die ausländischen, gingen daran, eine Streikleitung zu wählen und Forderungen zu beschliessen: 300 DM netto, Bezahlung der Streikzeit, verlängerte 14-Uhr-Pause.
Debatten gab es über das weitere Vorgehen. Einige redeten dafür, die Streikleitung mit einem Ultimatum zur Verwaltung zu schicken, solange zu arbeiten und erst nach Ablauf des Ultimatums weiterzustreiken. Dagegen wurde gesagt, dass alle geschlossen zur Hauptverwaltung marschieren müssen. Nur so kann die Streikfront gefestigt und erfolgreich gekämpft werden.

Die Abwiegler konnten nicht verhindern, dass eine Gruppe kampfentschlossener Kollegen durch die Hallen zog, um die Belegschaft zum Marsch aufzufordern. Sie erreichten aber, dass viele Kollegen sich vom Sammelplatz zurückzogen, dass sich die Streikfront zersplitterte. Genau in diesem Moment kam das Angebot der Geschäftsleitung, die Verhandlungen mit dem Betriebsrat wiederaufzunehmen. Allerdings nur unter der Bedingung, dass wieder gearbeitet würde.

Einige Kollegen protestierten, aber dank der Vorbereitungsarbeit der Abwiegler gelang das Manöver: Die Arbeit wurde wieder aufgenommen. Nicht die von den Kollegen gewählte Streikleitung, sondern der Betriebsrat, der bisher nur gegen den Streik gearbeitet hatte, führte die Verhandlungen.

Streikleitung kaltgestellt

Die Stimmung aber blieb: Wenn die Verhandlungen scheitern, muss es weitergehen.

Mittags wurden die Verhandlungen abgebrochen. Der Betriebsrat weigerte sich aber, das Ergebnis bekanntzugeben. Warum, wurde am nächsten Morgen klar: Die Geschäftsleitung war nämlich auf keine der Forderungen eingegangen.

Um 9.00 Uhr sollte es wieder losgehen. Kurz vorher wurden einige Mitglieder der gewählten Streikleitung von Meistern und Ingenieuren in ein weiter entferntes Lager geführt - "um dringende Arbeiten zu erledigen." Sie kamen dort in eine leere Halle, die abgeschlossen werden sollte. Nach und nach brachten dann Meister und Ingenieure die Arbeitsplätze der Kollegen von Werk II in die Halle. Um den Streik zu sabotieren fassen sogar diese feinen Herren mal zu.

In Werk II setzte die Geschäftsleitung die extra einige Tage vorher installierte Sprechanlage in Gang, um die Kollegen zu beschwatzen.

Der Streikleitung beraubt, und unter dem massiven Druck der Geschäftsleitung kamen nur noch rund 60 Kollegen auf dem Hof zusammen, während die anderen auf ein Signal warteten.

Der Streik brach an diesem Tag zusammen. **Das ist hauptsächlich die Schuld derjenigen, die die Kampffront von innen her ausgehöhlt haben.** Aber unser Kampf ist nicht zu Ende. Die Arbeiter von Telefunken sammeln jetzt Unterschriften für eine Betriebsversammlung. Die letzte Meldung: Im Werk Celle wurde am 13.7.73 gestreikt, als bekannt wurde, dass Telefunken die Teuerungszulage streicht.

Solidarität

Vier Solidaritätsadressen zur Unterstützung der Telefunkenkollegen sind eingetroffen, in denen bekräftigt wird, dass der Kampf für die Teuerungszulage von allen geführt werden muss. Die Solidaritätsadressen kommen vom Vertrauensleutekörper von Hanomag, dem Gesamtpersonalrat von Hannover, einer ÖTV-Betriebsgruppe und von den Vertrauensleuten des Angestelltenbereichs von Telefunken Hannover.

*****



An den RM, 6.7.73

"Auf der Rückreise von Berlin ins Revier steigt einer in Berlin ins Abteil, kommt kaum durch die Tür, so voll ist er. Sein Kumpel, fein angezogen, schiebt ihn ins Abteil. Nach 2 Stunden bei Magdeburg, wird er klar, erzählt. Ist Maurer aus Bochum, Vertreter der IG Bau-Steine-Erden auf Arbeitsgerichtsprozessen. Er vertritt Lehrlinge, Arbeiter, wenn sie z.B. untertariflich bezahlt werden oder vorfristig gekündigt werden sollen. Vor Gericht soll er den strammen Arbeiter markieren. Ein bis zwei Tage vor dem Prozess wird er von der Bezirksleitung angerufen, auch gleich im Betrieb freigestellt. Die notwendigen Informationen erhält er vor Abfahrt brieflich, die Sachen sind Routine, er braucht sie nur noch herunterzubeten. Bisher hat er noch keinen Prozess verloren, sagt er, wenigstens einen sauberen Kompromiss gefunden. Die Kollegen, die er 'vertritt', interessieren ihn nicht. Ist doch alles klar, wenn die Gewerkschaft einen vertritt! Nach dem Prozess hat er noch 1,2 Tage Zeit. Diesmal hat er die 4 Tage in Berlin gut verbracht, 4 Tage wenig geschlafen, viel gesoffen und bei den Mädchen im 'Stutti' und im Tiergarten gewesen.

Weil wir beide ins Revier fahren, versuche ich das Gespräch auf die Bergbaukrise und die neuen vorfristigen Stillegungen zu bringen, komme aber nicht weit: Kumpels mag er nicht, sind die Neger im Revier.

Was er denn sonst noch macht? Nächste Woche Meisterprüfung. Gewerbeschein hat er schon in der Tasche und will dann einen eigenen Betrieb gründen — mit 19 Mann, müssen aber alle in der IGBSTE sein. Warum 19, frage ich. Ja, ich kenne die Gesetze, sagt er, dann brauche ich kein Ausfallgeld zu zahlen, wenn die Arbeiter krank feiern. Aber sonst will er wie ein Vater zu seinen Arbeitern sein. Nur wenn er rationalisieren muss, überlegt er vor sich hin, oder in die Krise kommt, will er mal vernünftig mit seinen Leuten reden.

Nächste Woche Montag muss er nach Koblenz, wieder eine Verhandlung, aber erst nachmittags. Vormittags will er noch schnell mit 'ner Pulle Sekt seine Freundin besuchen. Danach kämpft er wieder für die Kollegen. Später als Kleinunternehmer nur noch ab und zu. Mensch bleiben, sagt er, und an sich selber denken.

Arbeitervertreter — Arbeiterverräter!

Eine Sympathisantin der Partei, die in einer Firma der Baubranche als Bürokraft arbeitet, berichtet.

Bei meiner Arbeit bekomme ich mit, wie sich die Währungskrise und die Inflation gerade auf den kleinen Mann auswirkt. Bei meiner Firma rufen in letzter Zeit unheimlich oft kleinere Bau- und Handwerksbetriebe an und fragen dringend nach neuen Aufträgen an, weil sie sonst ihre Leute nicht mehr beschäftigen können.

Viele Häuser, die von Privatleuten gebaut werden, stehen jetzt halbfertig da und können nicht mehr fertig gebaut werden, weil das Geld fehlt. Diese Entwicklung hat im Mai eingesetzt.
Seit dem 8.Mai dürfen nämlich deutsche Banken kein Geld mehr vom Ausland aufnehmen, das heisst, die Banken haben nicht mehr soviel Geld zur Verfügung...

Da die Grosskonzerne meist Verträge mit den Banken über die regelmässige Herausgabe von Krediten in Höhe von mehreren hundert Millionen oder sogar Milliarden Mark abschliessen, sind die Banken aufgrund dieser Verträge verpflichtet, den grossen Firmen das von ihnen geforderte Geld auszuhändigen. Deshalb fehlt den Banken dann das Geld für die kleinen Betriebe und Privatleute.

Zur Zeit händigen die Banken nur noch einen Höchstbetrag von 10 000 DM an einen Privatmann aus, unabhängig davon, wieviel er auf dem Sparkonto hat. Einige der Privatleute, die angefangen haben zu bauen, bekommen zur Zeit natürlich kein Geld mehr, um ihre Häuser fertigzustellen. Deshalb können sie auch nicht die geforderten Beträge an die Bauunternehmen zahlen. Davon sind natürlich kleine Unternehmen am meisten betroffen.

Rote Garde Wetzlar Kampf dem Stufenplan!

Mit Beginn des neuen Lehrjahres werden in Wetzlar mehrere Großbetriebe wie Leitz, die Berghütte, Siemens usw. für Elektroberufe die Stufenausbildung einführen. Durch die Stufenausbildung sollen nur noch wenige Lehrlinge zu Facharbeitern ausgebildet werden. Gegen diese Maßnahme der Kapitalisten führte die Rote Garde Wetzlar eine Kampfaktion durch.

Was Stufenausbildung heisst, bekommen die Lehrlinge in Wetzlar bereits jetzt deutlich gezeigt:

– Bei der Berghütte soll nach der 1. Abschlussprüfung (laut Stufenplan nach zwei Jahren) nur weiterlernen, wer einen Notendurchschnitt von 3,5 hat. Berufsschullehrer äussern offen: Nach 2 Jahren ist für die meisten mit der Lehre Schluss.

– Schon jetzt wird bei der Zwischenprüfung in der Berghütte gesiebt: von 21 Lehrlingen wurden nur 2 (!) mit der praktischen Prüfung fertig!

Mit ihrem Stufenplan beabsichtigen die Kapitalisten und ihr Staat, ein riesiges Heer von sogenannten 'angelernten Arbeitern' zu schaffen. Nur wenige — je nach Bedarf — sollen noch Facharbeiter werden. Der Stufenplan, am 12.12.72 in Bonn für die Elektroberufe beschlossen, soll den Kapitalisten behilflich sein, besser ausbeuten, unterdrücken und spalten zu können: **Das Heer von Hilfsarbeitern, das durch den Plan geschaffen wird, soll mit niedriger Bezahlung den Lohn der älteren Arbeiter drücken. Zugleich soll die Einheit der Lehrlinge im Kampf gegen ihre Ausbeutung als billige Arbeitskraft zerschlagen werden.** In einem Flugblatt der Rotgardisten heisst es: **"Mit der 3. Stufe als Zuckerbrot und der 1. Abschlussprüfung als Peitsche wollen sie Neid und Konkurrenz unter den Lehrlingen säen." Ausserdem bietet die 1. Abschlussprüfung den Kapitalisten eine neue Möglichkeit, alle revolutionären und fortschrittlichen Lehrlinge auszusieben.**

Auf einem Treffen, wo über Massnahmen gegen den Stufenplan beschlossen werden sollte, forderten Vertreter der D'K'P und 'S'DAJ eine Demonstration unter Mitbestimmungsparolen. Die Rotgardisten traten den Revisionisten entgegen und verlangten eine klare revolutionäre Ausrichtung des Kampfes, d.h. gegen das Kapital und seinen Staat, gegen Gewerkschaftsbonzen und Mitbestimmungsillusionen. Da Vertreter der NRF-Gruppe sich in ihrem Versöhnlertum nicht von den Revisionisten trennen wollten, beschlossen die Rotgardisten, eine eigene Kampfaktion gegen den Stufenplan durchzuführen.

In der Hauptverkehrsstrasse von Wetzlar bauten sie einen Informationsstand auf. Von herbeieilenden Polizisten, die den Stand verbieten wollten, liessen sie sich nicht hindern, ihre Flugblätter zu verteilen und Kurzreden zu halten.

In ihrem Flugblatt betonen sie, dass es darum geht, "die ganze Ausbeutung, Unterdrückung und Spaltung durch den Stufenplan zu bekämpfen. Deshalb muss sich unser Kampf vor allem gegen die Hintermänner des Stufenplans richten: Kampf dem Stufenplan von Kapital und Staat!" Zugleich entlarvten sie das Mitbestimmungsgerede von Gewerkschaftsbonzen und Revisionisten: **"DGB-Bonzen haben den Stufenplan mitausgearbeitet. IGM-Bonze Büscher begrüsst sogar den Stufenplan in der Berufsausbildung! Die Gewerkschaftsbonzen verzögern und spalten den Kampf gegen den Stufenplan, sie würgen eine geplante Veranstaltung des IGM-Ausschusses ab! Deshalb heisst die Forderung:**



Immer mehr Arbeiterjugendliche demonstrieren für ihre Forderungen

KAMPF DEM STUFENPLAN VON KAPITAL UND STAAT, VERTRAUT NICHT DEM GEWERKSCHAFTSAPPARAT!

SCHLUSS MIT DEM MITBESTIMMUNGSKRAMPF, VEREINIGT EUCH IM KLASSENKAMPF!

Organisiert Euch in der ROTEN GARDE!

Krank durch Kapitalismus

BERICHT EINER KRANKENHAUSZELLE IN HAMBURG

"Die westdeutschen Industriemonopole greifen letzthin mit immer gierigeren Händen in die Taschen der werktätigen Bevölkerung... Der wirkliche Lohn wird geringer, die Mieten, die Postgebühren, das Atuofahren werden teurer, die Krankenkassenbeiträge und die Preise für Strom, Gas und Wasser steigen. Die zunehmende Akkordhetze in den Betrieben drückt besonders schwer auf den Arbeiter. Das führt zu immer mehr Krankheiten. Körperlich ausgelaugt, überreizt, nervös und abgespannt fehlt die innere Widesrtandskraft, um Krankheiten zu begegnen. Die Arbeitshetze führt zu immer mehr Arbeitsunfällen.

Im ersten Halbjahr 1971 waren nach den Berichten des Gesundheitsministeriums die tödlichen Arbeitsunfälle im Bereich der gewerblichen Wirtschaft um 18% höher als im ersten Halbjahr 1970. Wie eine Untersuchung in Baden-Württemberg ergab, arbeiteten 2/3 der Arbeiter unter hohen psychischen Belastungen, 1/3 ständig im Akkord und machten Überstunden. 2/3 leiden unter Arbeitserschwernissen wie Lärm, Staub, chemischer Luftverschmutzung und Unfallgefahr, 1/3 ass nicht regelmässig zu Mittag. In der BRD leben z.Z. 430 000 Menschen mit bleibenden Schäden aus Arbeitsunfällen. Die Zahl der Frühinvaliden steigt ständig. Nur ungefähr die Hälfte der Arbeiter erreicht überhaupt das Rentenalter. Eine amtliche (!) Untersuchung von Arbeitern und Angestellten in Baden-Württemberg deckte die erschütternden Ergebnisse des kapitalistischen Ausbeutersystems auf. Es wurden arbeitende, also nicht krankgeschriebene OKK-Mitglieder untersucht. Das Ergebnis:

79,9% der Männer und 84,7% der Frauen hatten krankhafte klinische Befunde.

42,8% der Männer und 47,7% der Frauen mussten sofort zum Hausarzt.

Das kapitalistische Ausbeutungssystem macht hauptsächlich die Arbeiter kaputt.

Das beweisen einige Beispiele:

Im Berliner Arbeiterviertel Neukölln war 1968 die Kindersterblichkeit viermal so hoch wie in dem Villenviertel Zehlendorf (3,6% und 0,9%).
In einem Jahr starben in folgenden Duisburger Stadtvierteln:

Arbeiterviertel

19,6% von 1 000 Einwohnern
15,6% von 1 000 Einwohnern

Villenviertel

10,9% von 1 000 Einwohnern
8,8% von 1000 Einwohnern



Kann es deutlichere Beweise dafür geben, dass allein die kapitalistische Ausbeutung für den hohen Krankenstand der werktätigen Bevölkerung verantwortlich ist? Die Kapitalisten und ihre SPD-Regierung verbreiten zwar die Lüge, dass die wachsenden Kranken- und Unfallziffern dadurch zustandekommen, dass die Arbeiter sich heute 'eher gehen lassen', 'eine schlechte Arbeitsmoral haben'. Die Herren hetzen: "Je besser es den Leuten geht, umso länger sind sie krank." Aber die beiden oben genannten Beispiele beweisen das Gegenteil. Oder sterben im Arbeiterviertel etwa viermal so viele Kinder und fast zweimal so viele Leute wie im Villenviertel, weil "sie sich heute eher gehen lassen"?

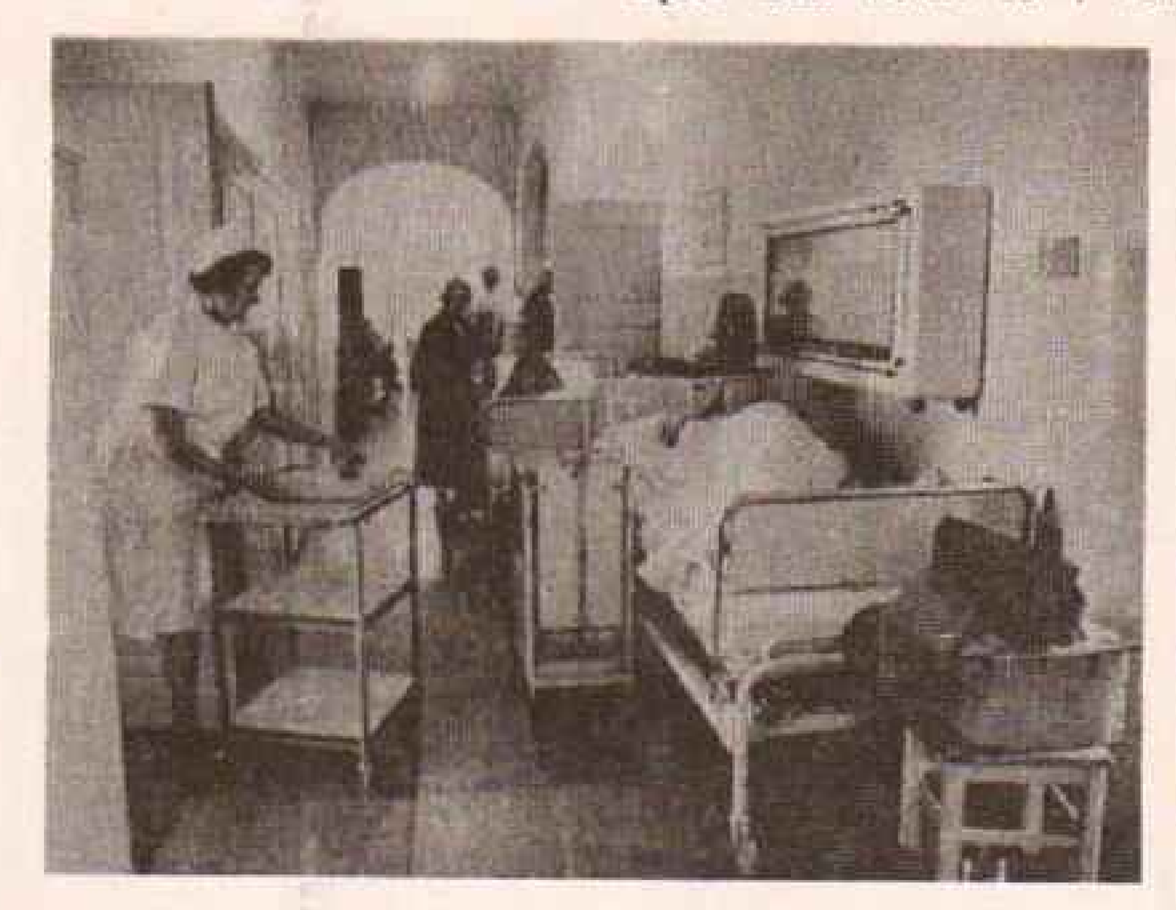
Die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen ist von den Monopolen und ihrer Regierung geplant.

Bessere Arbeitsbedingungen, Abbau der Akkordhetze, mehr Planstellen und Krankenhäuser kosten Geld. Die Regierung steckt unsere hohen Steuergelder aber den Monopolen zum Ausbau ihrer Fabriken oder zum Ausbau der Polizei und Bundeswehr in die Tasche. Das ist auch die Hauptaufgabe jeder kapitalistischen Regierung. Ein Ergebnis davon ist die äusserst schlechte medizinische Versorgung der Bevölkerung und immer schlechteren Arbeitsbedingungen im Krankenhaus.

Sogar in ihrem Gesundheitsbericht muss die SPD/FDP-Regierung das zugeben. Es herrscht im ganzen Bundesgebiet ein grosser Bettenmangel. IDie vorhandenen Betten sind immer überbelegt. Ausserdem fehlen 3 000 Krankenhausärzte und 30 000 Pflegekräfte. Jedes 3. Krankenhaus ist älter als 50 Jahre und entspricht nicht mehr den Anforderungen. Dieses hat für den Kassenpatienten zur Folge, dass er oft nur notdürftig behandelt und die Behandlung oft frühzeitig abgebrochen wird. Ist er nicht akut krank oder Privatpatient, muss er oft monatelang auf seine Behandlung im Krankenhaus warten. Die medizinische Behandlung durch die freipraktizierenden Ärzte ist saumässig schlecht. Lungen- und Herzkranke, die Hochdruckpatienten, die Zuckerkranken und Rheumatiker werden überhaupt nicht oder meistens nachlässig vom Hausarzt behandelt. 17 000 Gemeinden der BRD verfügen über keinen Arzt. Stundenlange Wartezeiten und oberflächliche Behandlung sind üblich...

Die Sparmassnahmen aller Regierungen in Bund und Land durch SPD wie CDU, treffen auch die Schwestern und anderes Krankenhauspersonal hart. Überstunden sind heute üblich. Meist ohne Bezahlung. Die Weiterbildungsmöglichkeiten fehlen oft und für gleiche Arbeit wird nicht gleicher Lohn gezahlt. Die Arbeit macht dem Pflegepersonal immer weniger Spass, weil der Pateint aus Arbeitskräftemangel nur schlecht versorgt werden kann. Die Schwestern rennen von einer Arbeit zur anderen. Sie haben gar keine Zeit, sich mit Ruhe und Ausdauer, Hingabe und Verantwortungsbewusstsein, wie es gerade für diesen Beruf so notwendig ist, dem Patienten zu widmen.

Die bezahlten Schwätzer aus den Ministerien und vom Roten Kreuz behaupten, der Arbeitskräftemangel liege daran, dass die "heutige Jugend zu keinem Opfer mehr bereit ist". Die



Wirklichkeit beweist da das Gegenteil. Gerade weil heute im Krankenhaus nicht mehr gut gearbeitet werden kann, wollen immer weniger diesen Beruf ergreifen. Gerade weil viele junge Menschen diese Verhältnisse grundlegend ändern wollen, nehmen in den Betrieben, an den Schulen und Universitäten immer mehr den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung auf.
Auch das medizinische Personal muss heute den entschlossenen Kampf für eine bessere Versorgung der werktätigen Bevölkerung, eine bessere Ausbildung mehr Personal und bessere Bezahlung aufnehmen.
Entscheidend dabei ist, dass wir unseren Kampf selber führen und uns nicht durch Beschwichtigungsversuche und Unterdrückungsmassnahmen von Regierung, Gewerkschaftsführung, Chefs und Verwaltung zurückschrecken lassen..."

FLUGLOTSEN:

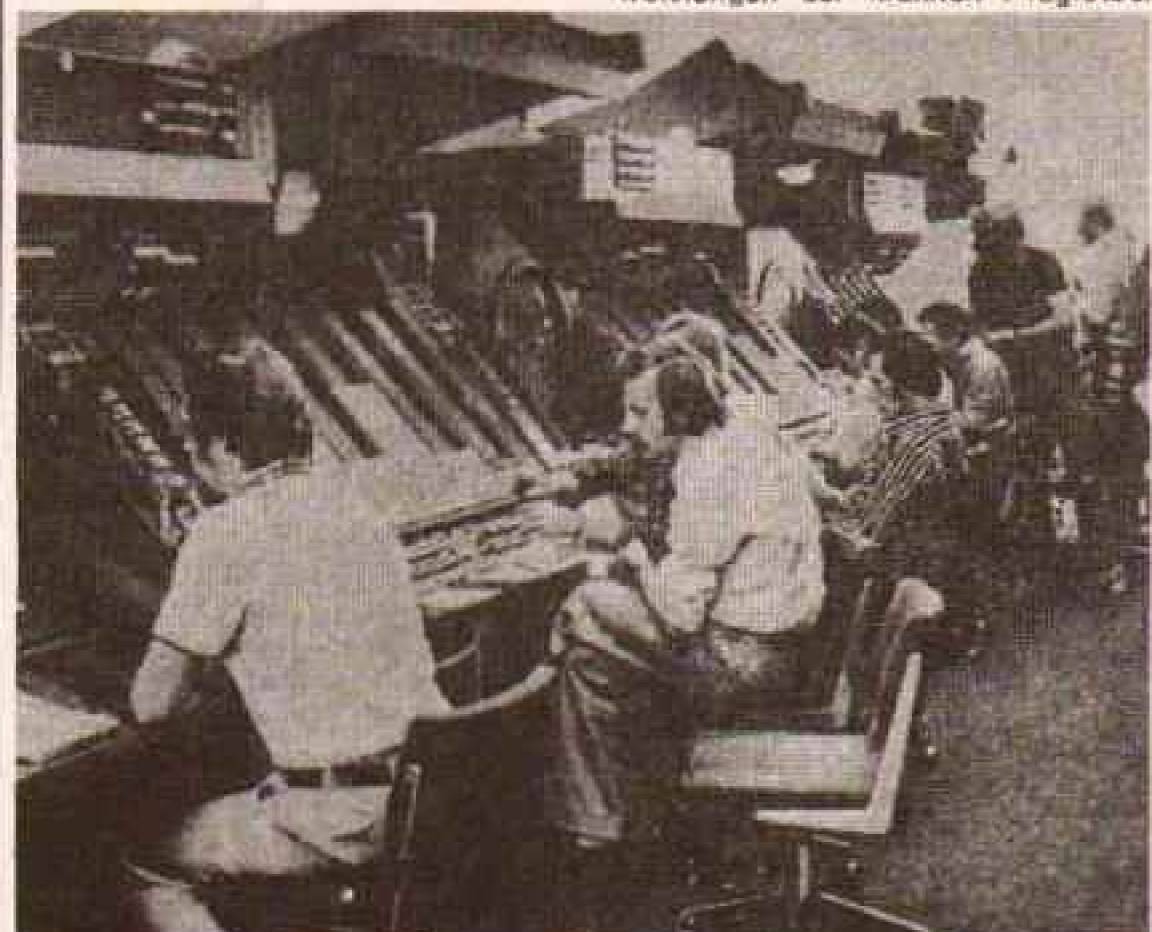
Sie kämpfen nicht für sich allein

Nachdem es der Regierung nicht gelungen ist, die Fluglotsen durch massiven Druck einzuschüchtern (siehe RM Nr.27), schwingen jetzt die Gerichte den grossen Knüppel gegen sie:

"Die Fluglotsen haben nicht das Recht, durch eine kollektive wirtschaftliche Massnahme auf die Gestaltung ihrer Rechtsverhältnisse einzuwirken. Die Ausnützung ihrer Sonderstellung ist sittenwidrig." — so das Landgericht Hannover.

"Gegen die Frankfurter Fluglotsen, die sich geschlossen krank meldeten, besteht der Verdacht der versuchten Nötigung den Fluggästen sowie Fluggesellschaften und der versuchten Erpressung der Bundesregierung gegenüber." — so die Abteilung IV für Straftaten mit politischem Hintergrund der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Frankfurt.

Den Worten folgen Taten. Kriminalpolizisten erscheinen in den Wohnungen der kranken Fluglotsen



Die Arbeit der Fluglotsen ist nervenzermürbend

in Frankfurt und verhören sie. Ihnen folgen die Amtsärzte, um die Atteste der Hausärzte zu überprüfen. Sie haben keinen Erfolg, die Lotsen sind wirklich krank. Die Amtsärzte müssen das bestätigen. Die Fluglotsen sind krank von der Arbeit in den hoffnungslos unterbesetzten Kontrolltürmen. Selbst die jüngeren unter ihnen leiden an Magen-, Herz- und Kreislaufbeschwerden. Ihren Dienst versehen sie trotz ihrer Krankheit. Es ist eines der 'Privilegien' der 'elitären' Gruppe der Fluglotsen, schon mit 45 restlos ausgelaugt und dienstunfähig zu sein.

Das gerichtliche Vorgehen gegen den Streik der Fluglotsen zielt über diesen Streik hinaus. Nach dem gleichen Muster kann man gegen jeden Streik gerichtlich vorgehen, man braucht nur das Wort Fluglotsen durch Lokführer, Müllabfuhrarbeiter, Stahlarbeiter, Metallarbeiter usw. zu ersetzen. Hier wird eine 'rechtliche' Grundlage für das Vorgehen gegen Streikende überhaupt gezimmert. Das Notstandsarsenal wird vervollständigt.

Dieser Anschlag der Bourgeoisie verbindet die Arbeiterklasse nur noch enger mit den Fluglotsen, die keinem Druck der Regierung weichen, in der Streikfront ausharren und allen gerichtlichen Erpressungen standhalten. Sie kämpfen Seite an Seite mit uns.

Revisionistisches

Angst vor Stalin...

Die revisionistischen Häuptlinge der Neuen Bourgeoisie in der DDR haben offenbar Angst, Angst vor jeder Erinnerung an den grossen Marxisten-Leninisten Stalin (und sie müssen ja wissen, wie gefährlich Stalin heute noch für sie ist)! Jedenfalls sehen sie sich offenbar gezwungen, Dimitroffs Worte zu fälschen.

Dimitroff sagte im Reichstagsbrandprozess 1933 in Leipzig: "Ich bin wirklich ein **begeisterter Anhänger und Bewunderer der sowjetischen Kommunistischen Partei**, weil diese Partei das grösste Land der Welt, einen sechsten Teil der Erde regiert und mit unserem grossen Führer **Stalin** an der Spitze so heldenhaft und erfolgreich den Sozialismus aufbaut." (Reichstagsbrandprozess, Dietz-Verlag Berlin, 1. Auflage 1946, S. 70, Hervorhebungen im Original).

Im selben Buch, gleicher Verlag, aber 5. durchgesehene (!) Auflage 1972 steht auf Seite 73:

"Ich bin wirklich ein **begeisterter Anhänger und Bewunderer der sowjetischen Kommunistischen Partei**, weil diese Partei das grösste Land der Welt einen sechsten Teil der Erde regiert und so heldenhaft und erfolgreich den Sozialismus aufbaut."
Müssen die eine Angst haben... ZU RECHT!

... vor der revolutionären Jugend

Im Rahmen der Vorbereitung der Weltjugendfestspiele in Ostberlin verstärken die modernen Revisionisten ihre Hetze gegen die Marxisten-Leninisten. In einem Artikel in 'Elan' 6/73 mit dem Titel: "Maoisten in der BRD: In Schritt und Tritt mit Strauss und Springer" wird als 'Beweis' z.B. angeführt, dass sich die Jugendlichen bei der Thieu-Demonstration von den Schlägertrupps der NPD nur dadurch unterscheiden, "dass ihre Helme bunt bemalt und die Stiefel nicht mehr so sauber gewichst sind."

Ein anderer 'Beweis' ist der 'Rote-Morgen'-Artikel zu den Weltjugendfestspielen. Elan zitiert: "Die Spiele ... sind ein Betrug grossen Ausmasses..., hinter denen die neuen Zaren im Kreml ihre völkerfeindliche Fratze verstecken wollen." Und folgert: "Das ist die Sprache und Politik des 'Bayernkuriers' ... " — Ohne die Elan-Pünktchen liest es sich so: "Diese Spiele **sind nicht mehr unsere Spiele, das Treffen der revolutionären Jugend der Welt.** Sie sind ein Betrug grossen Ausmasses" usw. So ist der Satz für die Revisionisten und ihre seltsamen Beweisführungen natürlich nicht brauchbar. Dafür zeigen ihre Auslassungen aber umso deutlicher, was sie nicht nur mit den Reaktionären in der CSU, sondern auch mit allen anderen gemeinsam haben: dass sie die revolutionäre Kraft der Jugend fürchten wie die Pest.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Fortsetzung von Seite 1

Mit Verräter Lon Nol gibt es keine Verhandlungen

In dieser aussichtslosen Lage haben die US-Imperialisten Verhandlungen zwischen der Lon-Nol-Clique und der, wie sie sagen" "Exilregierung" Samdech Sihanuks vorgeschlagen.

Angesichts der Tatsache, dass das Volk und die Volksstreitkräfte 90% des Terrotoriums kontrollieren und bereits 85% der Bevölkerung befreit haben, angesichts der Tatsache, dass die US-Marionette Lon Nol weniger als 10% des Landes kontrolliert, ist es allerdings eine Unverschämtheit, von einer "Exilregierung" zu reden.

Auf einer Pressekonferenz anlässlich eines Besuchs in Marokko, äusserte Sihanuk dazu: "Wir sind nicht Menschen im Exil, wir sind Verwalter unseres Landes.

Die Verhandlungen mit der Clique um Lon Nol wies Sihanuk entschieden zurück: "Lon Nol ist ein Verräter am kambodschanischen Volk, und ich kann nicht mit ihm verhandeln. Wir wollen mit unserem Aggressor verhandeln, nämlich mit der Regierung in Washington; denn unser Volk ist ein Opfer fremder Aggression. Das ist ein Krieg zwischen dem kambodschanischen Volk, dem Objekt der Aggression, und den Vereinigten Staaten, dem Aggressor.



Sabotage aus Moskau

Was tun die sowjetischen Revisionisten, um ihren amerikanischen Freunden zu Hilfe zu eilen? In einem "Prawda"artikel schreien sie: "Das Feuer des Bruderkrieges dauert in diesem Land noch an." "Heute sind die schädlichen Folgen dieses Krieges deutlicher als je zuvor", er bringe "dem Land das wirtschaftliche und politische Chaos"...

Eine ungeheure Sabotage am Kampf des kambodschanischen Volkes! Tatsache ist: Es gibt in Kambodscha keinen Bruderkrieg. Niemals ist der Bandit Lon Nol ein Bruder des kambodschanischen Volkes, sondern stets nur Marionette des US-Imperialismus gewesen. Sein Ziel ist es, die Freiheit des kambodschanischen Volkes zu verkaufen. Tatsache ist, dass der Krieg, wie Samdech N. Sihanuk feststellt "ein Krieg zwischen dem kambodschanischen Volk, dem Objekt der Aggression, und den Vereinigten Staaten, dem Aggressor" ist.

Die Behauptung vom wirtschaftlichen und politischen Chaos ist ebenso eine unverschämte Lüge! In den befreiten Gebieten Kambodschas schreitet der wirtschaftliche Aufbau ständig voran (s. Berichte in früheren RMs)! Wirtschaftliches und politisches Chaos gibt es einzig bei der Lon-Nol-Clique. Ihre Behauptung ist nichts weiter als die altbekannte Lüge der Bourgeoisie, der revolutionäre Volkskrieg würde die Menschen in Unheil und Chaos stürzen. Die Lage in den befreiten Gebieten widerlegt dies bestens!

Die Sowjetrevisionisten verfolgen einzig das Ziel, das kambodschanische Volk vom Kampf gegen den US-Imperialismus abzuhalten, es an den Verhandlungstisch zu bringen, damit es "friedlich" einen Teil des Landes den USA überlasse. Die Verräter in Moskau die sich so gern als Retter Indochinas feilbieten, sie haben schon immer den Kampf des kambodschanischen Volkes sabotiert. So erkennen sie heute die vom CIA gewaltsam errichtete Lon-Nol-Clique als Vertretung des kambodschanischen Volkes an.

Aber weder die Bomben der US-Luftwaffe noch die Heuchelei und Sabotage der Sowjetrevisionisten werden das Volk Kambodschas am unmittelbar bevorstehenden Sieg hindern. Während seiner Afrika-Reise bekräftigte Samdech Norodom Sihanuk auf einer Massenkundgebung in Guinea den gerechten Standpunkt des kambodschanischen Volkes: **Es werde "einen trügerischen Frieden niemals annehmen" und "bis zu Ende kämpfen", "d.h. bis die in Phnom Penh umzingelten Feinde sich bedingungslos ergeben und die 1970 vom amerikanischen Neokolonialismus aufgerichtete Macht in Phnom Penh für immer weggefegt sein wird."**

Solidarität für Vietnam

25 Kollegen und Freunde der Betriebszelle AEG-Brunnenstrasse in Westberlin kamen und füllten das Hinterzimmer einer kleinen Weddinger Kneipe, um sich an der Spendenaktion der KPD/ML für einen Kindergarten in der Demokratischen Republik Vietnam zu beteiligen.
Verkauf, Versteigerung und !Spenden ergaben 500,– DM – ein stolzer Erfolg.

In der Diskussion wurde klar, was proletarischer Internationalismus ist: Auf der einen Seite direkte Unterstützung der Klassenbrüder – auf der anderen Klassenkampf im eigenen Land. Die Versammlung beschloss darum, auch eine Solidaritätsadresse an die kämpfende Bevölkerung von Nordhorn.

...Wir haben gehört und gelesen, wie in Nordhorn Ihr Arbeiter, Bauern Hausfrauen, Lehrer und Schüler Euch gegen den Terror des Nato-Bombenabwurfplatzes zur Wehr setzt. Die Fortschrittlichsten von Euch haben den Kampf darüberhinaus gegen Nato und Militarismus überhaupt gerichtet. Ihr habt durch eure Aktionen gezeigt, dass Ihr nicht mehr der Führung der 'Notgemeinschaft', und auch nicht mehr den Abwieglern von D'K'P und SDAJ auf den Leim geht. Denn sie haben sich nun alle als das entpuppt, was sie sind: nämlich als Vereinigung von Fabrikbesitzern, und deren Parlamentsvertretern CDU, FDP und SPD, die den Kampf eilig ersticken und in die parlamentarische Schwatzbude zurückzerren wollen.
Wir erklären uns solidarisch mit Eurem revolutionären Kampf...

ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS!
VORWÄRTS BEIM KLASSENKAMPF IM EIGENEN LAND!

Uruguay :

Die Front gegen den Imperialismus wächst und erstarkt !

Vor noch nicht langer Zeit galt Uruguay als das 'Musterländle', die 'Schweiz Lateinamerikas'. Der Lebensstandard war relativ hoch, das politische Klima demokratisch und friedlich. Der Präsident fuhr mit der Strassenbahn zur Arbeit.

Seit 1958 sind diese Zeiten vorbei. Das damals eintretende Sinken der Rinder- und Getreidepreise auf dem Weltmarkt stürzte die uruguayische Wirtschaft, die vom Export von Rindfleisch, Häuten und Getreide lebte, in eine Krise, liess die Einnahmen schrumpfen und machte Investitionen unmöglich. Viele der sehr umfangreichen kommunalen und staatlichen Bauvorhaben – Eisenbahn, Strassen, Häfen, Kraftwerke etc. – mussten eingestellt werden. Eine grosse Zahl von Arbeitern und viele Angestellte des aufgeblähten Verwaltungsapparates wurden entlassen. Der Lebensstandard sank.

Nun zeigte sich die völlige Abhängigkeit Uruguays von den Imperialisten der Welt, allen voran dem US-Imperialismus. Für die unerlässlichen Investitionen mussten Gelder im Ausland aufgenommen werden. Über die einheimische Finanzgruppe 'Rosca', ein Instrument der Imperialisten, bekam Uruguay Anleihen vom Weltwährungsfond, an dem alle imperialistischen Länder beteiligt sind, England, Japan, Frankreich, die Bundesrepublik und allen voran die USA. Zu jeder Anleihe wurden Uruguay Bedingungen diktiert, vor allem Importkontigente, nach denen das Land eine bestimmte Menge immer teurer werdender Industriegüter aus den verschiedenen imperialistischen Ländern einführen musste. Den Schnitt dabei machten in erster Linie die imperialistischen Länder, dann die 'Rosca', die Grossgrundbesitzer und die Besitzer der wenigen Fleischkonservenfabriken. Dieser erzwungene Import liess den Schuldenberg rapide anwachsen. 3 Millionen Uruguayer schulden dem Weltwährungsfond 900 Millionen US-Dollar, d.h. jeder einzelne Uruguayer hat eine Auslandsschuld von 300 US-Dollar.

Zur Deckung dieser Schulden griff die bürgerliche Regierung zu einem 'bewährtem' Mittel: der Gelddruckerpresse. Diese spuckte immer mehr Peso-Scheine aus und die Folge war eine gallopierende Abwertung des Peso: 1959 – 4,11 Peso, 1964 – 18,7 Peso, 1972 – 544 Peso je 1 US-Dollar. Zugleich zogen die Inlandpreise um über 100% an. Der Schuldenberg sollte auf das Volk abgewälzt werden. Das war innerhalb einer bürgerlichen Demokratie nicht möglich. Das Volk musste mit massiven Mitteln unter Druck gesetzt werden, mit der Proklamation des 'Bürgerkriegszustands'.

Das Volk nahm den Kampf gegen diese wirtschaftliche Ausplünderung und politische Unterdrückung auf. In machtvollen Streiks und Demonstrationen setzte es sich zur Wehr. Die Imperialisten griffen wieder zu einem 'bewährtem' Mittel: dem Faschismus, der 'Brasilianisierung' des Landes, der Errichtung einer Militärdiktatur, die die Interessen der Imperialisten sichern sollte. Um dies zu erreichen, mogelten sie durch Wahlschwindel den erzreaktionären Rindermillionär Bordaberry auf den Präsidentenstuhl. Der stützte sich auf die Armee, um mit ihrer Hilfe seine politischen Gegner, die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften zu zerschlagen. Zu Anfang hatte er dabei einigen Erfolg: Soldaten besetzten Fabriken und zwangen streikende Arbeiter mit aufgepflanztem Bajonett zur Arbeit, die Gewerkschaftsführung floh in den Untergrund. Verhaftungen und Folterungen durch die Armee waren auf der Tagesordnung. Aber der Widerstand der zahlenmässig ziemlich starken Arbeiterklasse – Bauarbeiter, Hafenarbeiter, Eisenbahner, Arbeiter in den Konservenfabriken, den Raffinierien Kraftwerken etc. – blieb unvermindert hart.
An diesem Widerstand erkannten viele Soldaten und auch jüngere Offiziere, wofür sie missbraucht wurden: für die wirtschaftliche und nationale Knechtung Uruguays durch die Imperialisten, allen voran durch die US-Imperialisten. Weite Teile der Armee lehnen heute eine imperialistische Militärdiktatur in Uruguay ab und treten offen für eine nationale, antiimperialistische Politik ähnlich der in Peru ein, mit Streichung der Auslandsschulden und Zerschlagung der wirtschaftlichen und politischen Macht der ausländischen Imperialisten und ihrer uruguayischen Helfershelfer. Bordaberry versucht, sich mit Hilfe einiger reaktionärer Generale zu halten, aber diese Generale verlieren an Einfluss und seine 'brasilianische' Front zerfällt. Schon haben Offiziere aller Waffengattungen Kontakte zur Arbeiterklasse und zu den Gewerkschaften aufgenommen. **In Uruguay bildet sich eine antiimperialistische revolutionäre Situation heraus, die antiimperialistische Front festigt sich und stärkt den antiimperialistischen Kampf aller lateinamerikanischen Völker.**

Mozambique :

Terror – Der letzte Strohhalm der Imperialisten

In London demonstrierten schon am Sonntagnachmittag mehrere tausend Menschen gegen den Besuch Caetanos, des Schlächters von Portugal. Nur im Schutz einer dichten Mauer von Polizisten wird sich Caetano in die portugiesische Botschaft und in die Downing Street wagen können. Wie in London erheben sich in der ganzen Welt scharfe Proteste gegen die portugiesischen Imperialisten.

Die Empörung entzündete sich an der Veröffentlichung von Berichten spanischer und portugiesischer Missionare über die Greueltaten der Imperialisten in Mozambique sowie auch in Rhodesien. Die Enthüllungen über das portugiesische 'My Lai' zeigen nur zu deutlich, was für einen Krieg die portugiesischen Imperialisten in Mozambique führen: **einen Ausrottungskrieg**, nichts anderes, als ihn die US-Imperialisten in Vietnam geführt haben.

An Vietnam erinnert auch die Taktik, mit der die Imperialisten der ganzen Welt auf diese Enthüllungen reagieren. Sie tun empört und verlangen, dass die 'Schuldigen' gefunden und bestraft werden. Unter den Schuldigen verstehen sie ausschliesslich die einzelnen Soldaten, die an den Massakern beteiligt waren, bestenfalls noch ihre unmittelbaren Vorgesetzten im Rang von Leutnant bis Hauptmann. Sie fordern sogar die Einsetzung einer 'neutralen' Untersuchungskommission und möchten dafür auch die römisch-katholische Kirche einspannen.

Mit dieser Taktik wollen die Imperialisten davon ablenken, dass sie selber es sind, die diese Massaker verursachen. Sie allein haben ein Interesse daran, dass Mozambique nicht frei wird, sondern unter 'weisser' Herrschaft bleibt, damit sie das Land nach Belieben ausplündern können. Sie sind es, die das grosse Geschäft machen bei der Ausbeutung der Arbeitskraft des Volkes von Mozambique und der Bodenschätze des Landes. Sie allein verdienen an dem Riesenprojekt von Cabora Bassa. Um ihrer Milliardenprofite willen schicken sie die portugiesischen Soldaten in den Dschungel, lassen sie morden und brandschatzen, und hoffen, dadurch den Freiheitswillen des Volkes von Mozambique zu brechen.
Diese Imperialisten, die sich über die Massaker so sehr 'empört' zeigen, sind überwiegend westdeutsche Imperialisten, die von Siemens, AEG-Telefunken, BBC und anderen deutschen Grosskonzernen. Ihr Vollzugsorgan, die Bundesregierung, tönt lauthals, dass sie die 'angeblichen' Massaker verurteile und jede Gewalt ablehne. Was sie wirklich ablehnt, ist die revolutionäre Gewalt der Freiheitskämpfer der Frelimo, der Befreiungsfront von Mozambique, der Todfeinde der gleichen Imperialisten, deren Geschäfte die Bundesregierung besorgt.

Doch das Volk von Mozambique und die Frelimo lassen sich weder durch Terror einschüchtern noch durch fromme Sprüche der Imperialisten irreführen. Sie werden ihr Komplott zerschlagen. Mit der Unterstützung der Proletarier aller Länder und im Bündnis mit den Befreiungsorganisationen von Südafrika und Rhodesien werden sie alle Imperialisten aus dem Süden Afrikas verjagen und die Freiheit erkämpfen.

Kulturkampf in Albanien



Lange Haare - nur eine Modetorheit ?

Gegenwärtig findet in der VR Albanien eine umfangreiche Diskussion und Aktion statt gegen fremde Erscheinungen und Einflüsse der bürgerlichen und revisionistischen Ideologie. Die PAA hat unter der Führung von Enver Hoxha eine weitere Revolutionierung der Lebensformen, des Kultur- und Wirtschaftslebens des albanischen Volkes eingeleitet.

Nach langjährigen Diskussionen und auf breite Initiative aus Betrieben, Gewerkschaften, LPG, Frauenbund, Jugendverband, Volksarmee und in Übereinstimmung mit der überwältigenden Mehrheit des Volkes hat die Regierung der Volksrepublik Albanien Gesetze zur Eindämmung schädlicher kapitalistischer und revisionistischer Einflüsse erlassen. Diese Gesetze beziehen sich unter anderem auch auf modische Einflüsse, wie lange Haare, lange Koteletten und Vollbärte bei Männern, Miniröcke, Minibikinis und aufreizende Kleidung bei Frauen und überbetonte Mode wie ausgeschlagene Hosen, extravagante Frisuren, 'Auftakelung' und ähnliches. Solche Erscheinungen sind verboten. Das gilt sowohl für die Albaner als auch für ausländische Gäste.

Manche Leute, darunter auch Genossen und Sympathisanten der KPD/ML und der Roten Garde, finden diese Gesetze kleinkariert' und 'kleinbürgerlich'. Sie sagen: "Was hat das mit Sozialismus zu tun?"

Um solche Zweifel an der Richtigkeit der neuen albanischen Gesetze auszuräumen, müssen wir die Taktik der Bourgeoisie im Kampf gegen ein sozialistisches Land genau kennenlernen.

Albanien als einziges sozialistisches Land in Europa ist den Imperialisten und Sozialimperialisten ein Dorn im Auge und sie setzen alles daran, den Sozialismus in Albanien zu liquidieren. Sie bedrohen das Land mit der Invasion von aussen und versuchen, die Kampfkraft des sozialistischen Albanien von innen auszuhöhlen. Dabei stützen sie sich auf die besiegten Reste der Anhänger der alten, halbfeudalen Ordnung, der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums im Land und versuchen, eine revisionistische Entartung des Sozialismus in Albanien herbeizuführen. Der Klassenkampf zwischen dem Sozialismus auf der einen und der Restauration und dem **Revisionismus** auf der anderen Seite ist in Albanien noch lange nicht zuende. Er geht mit unverminderter Schärfe weiter.

In Albanien ist die Arbeiterklasse an der Macht, deshalb hat die Bourgeoisie (und mit ihr der Revisionismus) keine Möglichkeit mehr, den Klassenkampf offen zu führen, Organisationen oder Parteien zu bilden und **den Sozialismus offen zu bekämpfen.** Sie muss den Kampf heimlich, subversiv führen. Das versucht sie entweder über die Kirchen, oder, indem sie schädliche Einflüsse in das Kulturleben des Volkes bringt. Da in Albanien der Einfluss der drei Kirchen, der orhtodoxen, der katholischen und der islamischen, bis fast auf den Nullpunkt gesunken ist, bleibt der Bourgeoisie als Kampffeld, auf dem sie die Unterminierung des Sozialismus betreiben kann, die Kultur des albanischen Volkes. Die Bourgeoisie führt zwar diesen Kampf auf dem Gebiet der Kultur, aber sie meint nicht Kultur, sondern **die Macht im Staat.**

Die 'spontane' Einflußnahme.

Bei ihrem Kulturkampf geht die Bourgeoisie davon aus, dass gerade die scheinbar harmlosen Einflüsse am leichtesten durchzusetzen sind. Ein solcher, scheinbar harmloser Einfluss ist die Mode, und das aus zwei Gründen. Die Schädlichkeit dieses Einflusses ist nicht sofort erkennbar; er konzentriert sich in erster Linie auf die Jugend. Was ist denn schon dabei, ein paar Extravaganzen, lange Männerhaare, kurze Damenröcke, ein bisschen Jugendimage, individueller Spielraum" ein typisch jugendlicher 'Freizeitbereich' und wie die Sprüche alle lauten, nichts Weltbewegendes, das einen Kampf lohnen würde. Unmerklich versucht die Bourgeoisie, einen Keil zwischen die älteren Menschen, die den Sozialismus erkämpft und aufgebaut haben, und die Jugend, die im Sozialismus geboren und aufgewachsen ist, zutreiben. Zugleich wird das Interesse der Jugend abgelenkt von den wichtigen Aufgaben beim Aufbau und bei der Festigung des Sozialismus, indem man sie hinlenkt zur Beschäftigung mit sich selbst, mit der äusseren Erscheinung eines jeden einzelnen, mit Schick, Up-to-datesein und modischem Firlefanz. So sieht in Wirklichkeit die Harmlosigkeit der modischen Einflüsse aus.

Die Mode allein genügt natürlich nicht. Ihr Einfluss wird ausgeweitet und verfestigt durch westliche Musik- und Tanzformen. Diese aus keiner Tradition gewachsenen, wortwörtlich erfundenen Produkte der dekadenten bürgerlichen Kultur lassen sich übers Radio und die albanischen Sendungen des jugoslawischen Fernsehens besonders leicht unters Volk bringen. Auch von ihnen wird behauptet, sie seien doch eigentlich harmlos, halt eine Gaudi mit "Abbau von Aggressionen", "innerlicher Befreiung" etc p.p. Doch diese Musik- und Tanzformen sind angelegt auf Enthemmung.

Sie versuchen nicht nur, den Riss zwischen jung und alt zu vergrössern, sondern wollen Hemmungslosigkeit verbreiten. Sie bezwecken damit wachsenden Alkoholismus, sexuelle Exzesse, Rauschgiftsucht, Gammlertum Hippyismus, wachsende Brutalität und die Bildung von Rockerbanden. Solche spontane Einflüsse umfassen nie sofort die ganze Jugend, sie sollen von einem Zentrum aus immer weitere Kreise ziehen. Wie wichtig das für die Bourgeoisie ist, erkennt man am besten an ihren jeweiligen Siegesmeldungen in der Vergangenheit: "Jetzt Rock 'n Roll auch in der DDR", "Miniröcke auch in Prag" oder "Auch die Sowjets haben ihre Rocker - die Stilagi."

Spaltungsversuche

Den so entstandenen Riss in der sozialistischen Gesellschaft weitet die Bourgeoisie auch von den anderen Seite aus. Unter den älteren Leuten propagiert sie in geeigneter Form die **"gute alte Zeit"**, die **alten** Lieder und Tänze, die **alten**, von Plüsch strotzenden Filme, und die **alte**, durchaus gute bürgerliche Literatur, Zola, Mann Tolstoi, Dickens usw. aber eben nur sie mit Überbetonung des Alten und unter Verschweigen des sozialistischen Kulturprodukte, wie Brecht, Fadejew, Peking-Oper, albanisches Ballett usw. **Das Bewusstsein der älteren Menschen soll zurückgeschraubt werden auf den Stand vor der Revolution. Auch diese Einflüsse sollen von kleinen Zentren aus immer weitere Kreise ziehen.**

Für die Intelligenz hat die Bourgeoisie besondere Bonbons bereit, Sachen, die normalen Menschen unbegreiflich und gleichgültig sind, sodass sie eine 'elitäre' Wirkung haben: Beckett, Ionesco, Picasso, Warhole und ähnliches, damit man die Intelligenz vom Volk isoliert, damit das Volk über die Intellektuellen nur noch den Kopf schüttelt und diese sich über das Volk 'erhaben' fühlen.



Ein Arbeiterveteran erzieht die Jugend im Geist der proletarischen Revolution.

Die organisierte Einflußnahme.

Wenn solche schädlichen Einflüsse sich im Volk genügend verfestigt haben, verlässt die Bourgeoisie die Etappe der "spontanen" Einflussnahme und geht zu organisierten Formen über. Auch dabei geht sie geschickt und skrupellos vor. Wo immer sie eine solche Organisation zum Kampf gegen den Sozialismus schafft, tut sie es unter der roten Fahne. Hier einige Beispiele dafür:

1931 entwickelte sich in der Sowjet-Ukraine eine breite "rote" Nudistenbewegung. Diese Nudisten badeten nicht nur nackt, was angesichts der noch stark bäuerlich geprägten Moralbegriffe schlimm genug war, sie propagierten ihren Nudismus öffentlich, in einer Demonstration am Kreschtschatik, der Hauptstrasse Kiews. Sie marschierten unter roten Fahnen hinter einem Transparent mit der Aufschrift "Stalin führt uns in die Zukunft!", und zwar nackt, und sie drehten und wendeten sich so, dass man ja alles sehen konnte, was sie zu bieten hatten. Bei der grossen Mehrheit der Bevölkerung erregten sie Abscheu, aber da das Abscheuliche unter der roten Fahne und im Namen Stalins passiert war, erstreckte sich der Abscheu bei vielen auch auf die Partei und Stalin, und das in der schwierigen Periode der Kollektivierung der Landwirtschaft. Später wurde der Anführer der "roten" Nudisten als **kapitalistischer Agent** entlarvt.

Im chinesischen Sowjetgebiet an der Grenze von Hunan und Kiangsi entstanden mitten im schweren Abwehrkampf gegen die von Tschiang Kaischek persönlich geführten Streitkräfte der Kuomintang solche "roten" Vereinigungen wie Clubs der freien Liebe, der Liebessucher, der Vielesser und dergleichen mehr. Die Anführer dieser "roten" Clubs waren **Agenten der ABG**, der antibolschewistischen Gesellschaft.

In Kiew bildete sich nach dem Hitlerkrieg ein Komitee zur Bekämpfung der bürgerlichen Ansichten des reaktionären ukrainischen Historikers Professor Hruschewskyj. Die Publikationen dieses Komitees bestanden zu 80% aus Zitaten aus den Büchern des reaktionären Historikers. In der an die Zitate angehängten Kritik beschränkte sich das Komitee auf Nichtigkeiten und ging nie vom Klassenstandpunkt aus. Dieses "rote" Komitee war in Wirklichkeit ein Komitee zur Verbreitung der reaktionären Ideen Hruschewskyjs und trug eine ziemliche Verwirrung in die Reihen der Studenten und der Intelligenz. Es störte empfindlich den Wiederaufbau des Hochschulwesens in der Ukraine nach dem Krieg. Auch hier war der Anführer ein **kapitalistischer Agent.**

So sehen die Kampfformen der Bourgeoisie gegen ein sozialistisches Land aus und von da her sind die neuen albanischen Gesetze zur Beseitigung schädlicher kultureller Einflüsse zu verstehen. Denn gleichgültig, wie "erfolgreich" sich solche Einflüsse ausbreiten und ob es die "spontanen" oder die organisierten sind, sie können auf jeden Fall einen Zustand schaffen, in dem beträchtliche Teile des Volkes nicht mehr aktiv am Aufbau und an der Festigung des Sozialismus teilnehmen, sondern diese Angelegenheiten einer Minderheit überlassen. **So entsteht ein günstiger Nährboden für den Revisionismus.** Das ist das Mindeste, was die Bourgeoisie auf diesem Weg erreichen kann und im Sowjetblock auch erreicht hat.



Es lebe die revolutionäre Kultur !

Wir Kommunisten haben daher die Pflicht, den Kulturkampf unserer albanischen Genossen bewusst aktiv zu unterstützen. Ein Kommunist, der mit langen Haaren, eine Kommunistin, die im Minirock nach Albanien kommt, oder sonstwie gegen die neuen Gesetze verstösst, unterlässt nicht nur diese Unterstützung, sondern fällt den albanischen Genossen in den Rücken. Kulturkampf ist Klassenkampf, da gibt es keine Kompromisse, da geht es um die Macht im Staat.

Dies sind nur einige, beileibe nicht alle Aspekte des Kulturkampfes, aber sie zeigen uns, dass wir auch in unseren Reihen den Kulturkampf führen müssen, denn auch **unsere Partei** versucht die Bourgeoisie mit den bewährten Mitteln zu unterminieren. Der verfaulten bürgerlichen Kultur müssen wir unsere proletarische, revolutionäre Kultur entgegensetzen. An der Entwicklung dieser Kultur muss jeder Kommunist aktiv mitwirken.

"Die revolutionäre Kultur ist für die breiten Volksmassen eine machtvolle Waffe der Revolution. Vor der Revolution ist sie eine ideologische Vorbereitung für die Revolution; während der Revolution ist sie ein notwendiger und wichtiger Frontabschnitt innerhalb der allgemeinen revolutionären Front."

Mao Tse-Tung, Rotes Buch Seite 355.

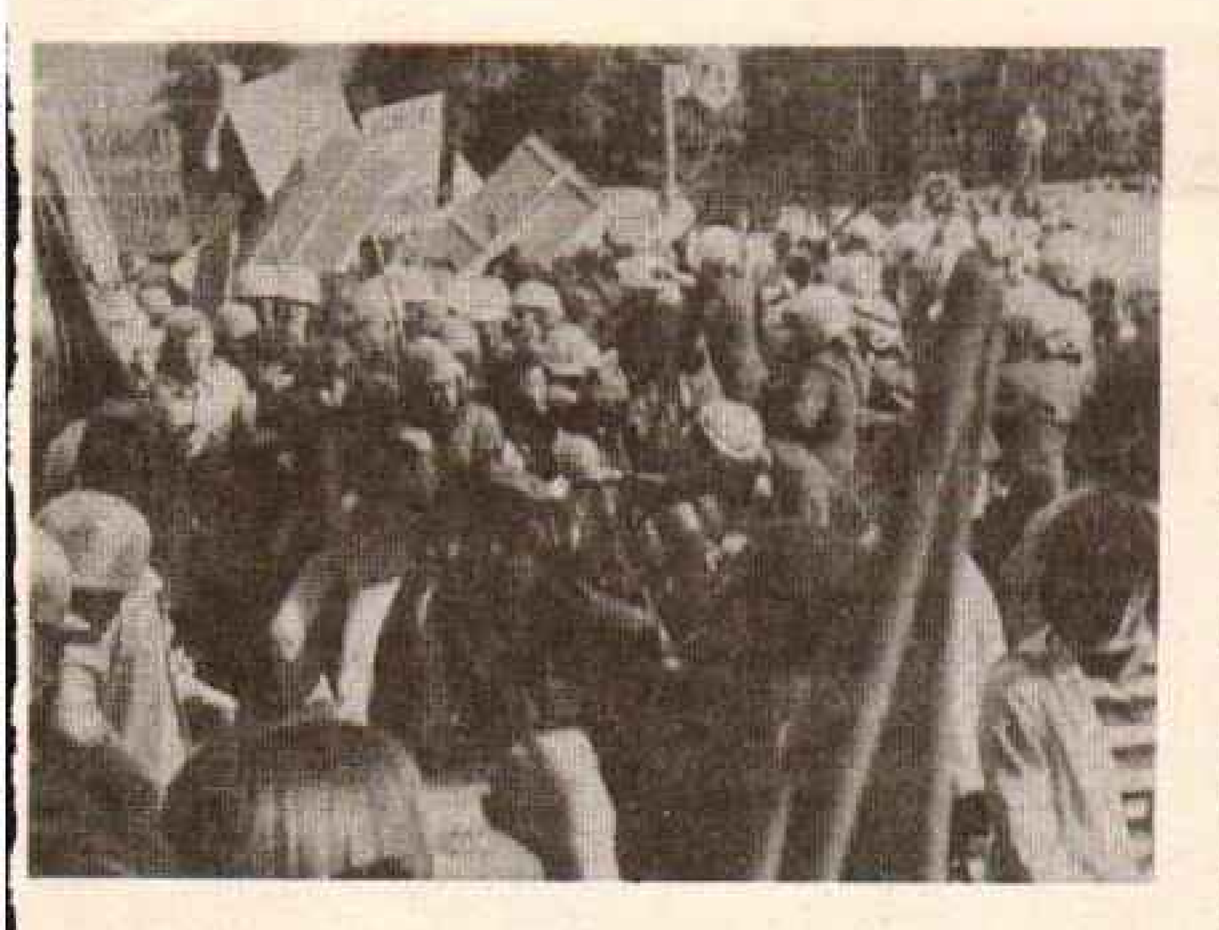
Nieder mit den Antikriegstag - Prozessen

Vor knapp einem Jahr, am 2.September 1972, fand in München anläßlich der Kriegs- und Notstandsolympiade der Rote Antikriegstag statt. Mehrere tausend Demonstranten folgten dem Aufruf der KPD/ML und zeigten vor aller Welt ihre Entschlossenheit, nie wieder einen Krieg von deutschem Boden ausgehen zu lassen. Sie rissen den westdeutschen Militaristen und Revanchisten, die mit den 'heiteren Spielen' die Völker über ihre wahren Kriegspläne täuschen wollten, die Friedensmaske vom Gesicht. 25 000 Soldaten, Bundesgrenzschutz und etliche Zivilpolizisten waren aufgeboten, dieses heuchlerische Friedensfest zu schützen. München glich einer belagerten Festung. Über die Innenstadt war eine Bannmeile verhängt worden.

Die Demonstranten liessen sich jedoch das von unserem Volk hart erkämpfte Recht auf die Strasse nicht nehmen und demonstrierten trotzdem in der Innenstadt. Am Karlstor durchbrachen sie die Polizeiketten. Der reaktionären schwer bewaffneten Polizeigewalt wurde die revolutionäre Gewalt entgegengesetzt. **Hier demonstrierten keine Friedenstauben, sondern Friedenskämpfer!**

Dies war ein sehr wichtiges Ereignis für die revolutionäre Bewegung in Westdeutschland und Westberlin. Erstmals seit langem wurde in grösserem Ausmass, in organisierter Form und unter kommunistischer Führung militant gegen den bürgerlichen Terrorapparat vorgegangen. Das bedeutete eine neue Stufe des Klassenkampfs und einen weiteren Schritt in Richtung zur gewaltsamen Revolution der Volksmassen in Westdeutschland und Westberlin. Die weitere Entwicklung der Bewegung seit dem 2.September zeigt dies deutlich.

Der verwundete Tiger, die westdeutschen Imperialisten, reagierte empfindlich getroffen. Mit neuen Demonstrationsverboten, Haussuchungen, brutalen Polizeieinsätzen und vor allem mit Justizterror versucht er sich zu rächen und die Weiterentwicklung der revolutionären Bewegung gewaltsam zu bremsen.



Weg mit den Terrorurteilen

In diesen Wochen liefen die Prozesse gegen insgesamt 18 Demonstranten des Roten Antikriegstags in München an. Die Staatsanwaltschaft wirft ihnen schweren Landfriedensbruch, schweren Widerstand gegen die Staatsgewalt, Verstoss gegen das Waffengesetz (gemeint sind hölzerne Fahnenstangen!) sowie in einzelnen Fällen gefährliche Körperverletzung vor. Zur Untermauerung der Anklage standen bis jetzt ausschliesslich Polizeizeugen zur Verfügung, obwohl doch viele tausend Passanten und Spaziergänger aus der Bevölkerung die 'Schlacht am Karlstor' miterlebt haben. In einigen Fällen sind nicht einmal Polizeizeugen, sondern nur irgendwelche obskuren Fotos vorhanden.

Obwohl sich die verschiedenen Polizeizeugen völlig widersprochen haben, wurden in den bis jetzt in erster Instanz abgeschlossenen Prozessen wahre Terrorurteile gefällt.

– der Genosse Heinz Baron wurde zu 16 Monaten ohne Bewährung verurteilt!

– der Genosse Peter Bayer wurde zu 12 Monaten ohne Bewährung verurteilt!

– der Genosse Hans-Georg Schmidt wurde zu 18 Monaten ohne Bewährung verurteilt!

In allen drei Fällen forderte die Staatsanwaltschaft noch höhere Strafen, beim Genossen Schmidt sogar über drei Jahre! **Diese Urteile zeigen ganz klar: Bei uns spricht keine 'unabhängige Justiz' Recht, sondern die bürgerliche Klassenjustiz.** Im Auftrag ihrer Brötchengeber, der westdeutschen Kapitalistenklasse, versuchen diese terroristischen Richter, wie schon zu Hitlers Zeiten, aufrechte Antimilitaristen durch hohe Gefängnisstrafen für lange Zeit "aus dem Verkehr zu ziehen" und drohen damit gleichzeitig allen anderen, die das Unrecht und die Verbrechen dieses Staates nicht mehr kampflos hinnehmen wollen: "Passt auf! So geht es allen, die uns auf den Pelz rücken. Nicht umsonst haben wir unsere Notstandsgesetze, unsere bewaffneten Polizei- und Grenzschutztruppen, unsere Notstandsrichter und unsere Foltergefängnisse!"

Arbeiter, die für einen höheren Lohn streiken, Hausfrauen, die gegen die Inflation demonstrieren, Mieter, die aus Protest gegen Mietwucher und Bodenspekulation an Hausbesetzungen teilnehmen, alle fortschrittlichen und revolutionären Menschen sollen eingeschüchtert werden und von ihrem gerechten Kampf für ihre Interessen ablassen. Und besonders sollen natürlich die Kommunisten und ihre Partei, die KPD/ML, die diesen Kämpfen die richtige Richtung zum Sozialismus weisen, getroffen werden.

Mut wächst im Kampf

Aber die Bourgeoisie und ihre bestochenen Richter haben die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Der Mut der Massen wächst im Kampf! Die bis jetzt betroffenen Genossen haben vor Gericht konsequent ihren Kampf gegen den westdeutschen Militarismus fortgesetzt, sie sind keinen Millimeter von ihrer kommunistischen Überzeugung abgewichen und haben sich auch von den Terrorurteilen nicht einschüchtern lassen. Sie haben die Prozesse zu einer schreienden Anklage gegen die Bourgeoisie selbst gemacht. Dies ist beispielhaft für alle anderen Genossen, die ihre Prozesse noch vor sich haben.

Derzeit – bei Redaktionsschluss – laufen die Prozesse gegen die Genossen Singer und diLucente, der Prozess gegen die Genossen Herzog und Henkel beginnt am 17.7. Elf weitere Prozesse sollen folgen, bei allen bis auf einen liegen die Anklageschriften bereits vor.

Unsere Partei wird den Kampf der Genossen vor Gericht noch stärker als bisher mit dem Kampf der Massen verbinden. Sie wird einerseits zur breiten Solidarität mit den angeklagten und inhaftierten Genossen aufrufen: durch Flugblätter, Berichte im ROTEN MORGEN, spezielle Broschüren, Demonstrationen und Veranstaltungen. Sie wird auch in der ROTEN HILFE für diese Zwecke arbeiten. Andrerseits wird sie dabei gleichzeitig den Kampf genau an dem Kampfabschnitt konsequent fortsetzen, wo er vor dem Prozess aufgenommen wurde: am antimilitaristischen Kampf des Roten Antikriegstags 1972. Durch die revolutionäre Führung der Prozesse und die Mobilisierung der fortschrittlichen Kräfte unseres Volkes werden wir die Reihen der Revolution weiter stärken, die Reihen des Feindes weiter schwächen.

München war erst ein Anfang

Denn die verschärfte Entwicklung des Klassenkampfs seit dem vorigen Herbst beweist eindringlich die Richtigkeit unserer Aktionen am Antikriegstag. Was hatte zum Beispiel die Münchner Bevölkerung heute von dieser Olympiade? Nach 6 Jahren Baulärm und zahlreichen anderen Belästigungen stehen teure Luxuswohnungen im olympischen Dorf massenhaft leer, obwohl in München eine fürchterliche Wohnungsnot herrscht. Das Zeltdach, das Millionen kostete, muss mit weiteren zigtausenden von Mark erhalten werden und droht jetzt obendrein noch einzustürzen. Durch den olympischen Rummel haben die Münchner jetzt olympische Preise, so dass inzwischen ein normaler Kneipenbesuch immer mehr zum Luxus wird. Die Empörung der Bevölkerung ist gross, immer mehr erkennen, wie wichtig und notwendig es war, gegen diese 'heiteren' Betrugsspiele demonstriert und gekämpft zu haben, und weiter zu kämpfen.

Und wie sehr auch die bürgerlichen Schmierblätter von der 'Bild' bis zur D'K'P-Zeitung 'UZ' uns als Politrocker und Chaoten diffamierten, so sehr haben die kämpfenden Massen selbst diese Leute Lügen gestraft. Sie haben gezeigt, dass es richtig ist, der reaktionären Gewalt die revolutionäre Gewalt entgegenzusetzen, dass man zurückschlagen muss gegen die schwerst bewaffneten brutalen Polizeihorden. Sie selbst haben das revisionistische Märchen entlarvt, sie seien noch nicht reif genug für den revolutionären Kampf:

In Frankfurt am Main griffen Hunderte spontan die militanten Kampfformen des 2.September 72 auf und kämpften unerschrokken gegen den katastrophalen Mietwucher und die Bodenspekulation. In Nordhorn ging die Bevölkerung in ihrem gerechten und unerschrockenen Kampf gegen den Natobombenterror noch weiter. Strassenbarrikaden und Molotowcocktails drückten ihre Kampfentschlossenheit aus.

Es wird der herrschenden Klasse samt ihren revisionistischen Helfern der D'K'P nicht gelingen, immer breitere Teile der kämpfenden Bevölkerung als 'Politrocker' zu diffamieren.

Setzen wir jetzt bei den Prozessen gegen unsere Genossen konsequent den Kampf des Roten Antikriegstags fort!

Krieg dem imperialistischen Krieg!



Militaristenschau in Ingolstadt -

Feldwebel verbrennt Parteifahne

Am 22./23./24. Juni fand in Ingolstadt ein Treffen der Pioniere der Bundeswehr statt. Angesichts des wachsenden Unwillen über den immer schneller wachsenden Rüstungshaushalt, angesichts der wachsenden Proteste gegen die Bundeswehr - sollte hier die Armee der "Bürger in Uniform" dargestellt werden. Ein "Wohltätigkeitsfest", ein "Tag der offenen Tür" und schliesslich ein Brückenschlag über die Donau waren die Lockmittel.

Aber die Bevölkerung fiel auf den Schwindel nicht herein. Von den Werktätigen Ingolstadts erschien kaum jemand bei dem Bundeswehrspektakel. Dafür gaben sich hier die ein Stelldichein, die die Bundeswehr nötig haben: Die Reichen aus Politik und Wirtschaft, Offiziere.

Die KPD/ML und die Rote Garde Ingolstadt berichten:

In der Nacht vor dem "Tag der offenen Tür" malten wir nachts vor allem vor der Pionierkaserne, in der Stadt und in Arbeitervierteln Parolen gegen das Ingolstädter Pioniertreffen.

Am Samstag gabs einen Literaturstand vor dieser Kaserne. In der Pionierkaserne wurden illegal unsere Flugblätter verteilt.

Am Sonntag dann der "Brückenschlag über die Donau".

Die Liga gegen den Imperialismus hatte einen Stand am Nordufer errichtet. Am Südufer waren wir mit unserer Parteifahne und wollten Flugblätter verteilen. Kaum waren wir angelangt, gingen zwei Offiziere mit den Fäusten auf uns los, entrissen uns die Fahne und einen Teil der Flugblätter. Ein Feldwebel begann, aus den Flugblättern ein Feuer zu machen, um die Parteifahne zu verbrennen. Wir verlangten die Fahne zurück. Die Antwort des Offiziers: "Verschwinde, sonst hau ich Dir eine in die Fresse." Anschliessend verbrannte er die Fahne. Andere Offiziere drohten uns und die Liga-Genossen in die Donau zu werfen, falls wir nicht verschwänden. Offiziere und Politische Polizei machten immer wieder Photos.

Wir verteilten trotzdem weiter. Einer der wenigen Arbeiter, die hergekommen waren, meinte nach der Keilerei: "Das hat nichts mehr mit Demokratie zu tun."

Die einzige Ingolstädter Tageszeitung, der "Donau-Kurier", der in den Händen des alten Faschisten und ehemaligen Leiters des nationalsozialistischen "Donauboten" Reissmüller ist, brachte unter dem bezeichnenden Titel "keine Vorfälle beim Pioniertreffen" keine einzige Zeile zu dem, was passiert war. Hier zeigt sich wieder einmal das Zusammenspiel zwischen Bundeswehr und Presse, zwischen den Zielen der Hitlerfaschisten und denen, die heute in Bundeswehr und Presse das Kommando haben.

Interview mit einem Bergarbeiter in der DDR

'Die arbeiten nicht für den Sozialismus.'

"Geht doch nach drüben", so reagieren heute noch viele Menschen, denen man sagt, man sei Kommunist, stehe zur KPD/ML.
Wie sieht es heute 'drüben' aus? Was denken die Menschen, die Arbeiter in der DDR selber über ihr Leben?

Die bürgerlichen Zeitungen, die bürgerlichen Politiker sagen: sie leiden unter dem 'kommunistischen Regime', sie sehnen sich nach dem 'freien Westen'. Die 'UZ', die Zeitung der D'K'P sagt: die Arbeiter in der DDR sind stolz, weil sie in ihren Betrieben, ihrem Staat leben.

Nun, ein Genosse ist 'drüben' gewesen. Er hat die Gelegenheit genutzt, mit einem Bergarbeiter ausführlicher vor allem über das tägliche Leben im Betrieb zu sprechen und uns ein Interview zugesandt. Wir drucken Auszüge davon ab.

FRAGE: Wie ist Euer Betrieb aufgebaut?

ANTWORT: Wir haben Brigaden, da sind ca. 10 Mann drin. Jede Brigade hat ihren Brigadier. Dann gibt es Meister und Steiger, Abteilungsleiter und Bereichsleiter, und Betriebsleiter.

FRAGE: Könnt ihr die Leiter selber wählen?

ANTWORT: Nein, die werden einfach eingesetzt.

FRAGE: Welchen Anteil habt ihr an der Planaufstellung?

ANTWORT: Der Planvorschlag kommt von oben. Er wird dann durch die Gewerkschaftsgruppe diskutiert. Es ist aber kaum noch was dran zu ändern. Es gibt aber bei uns eine Neuererbewegung, wo man Verbesserungsvorschläge macht, die auch meist ausgeführt werden. Da kann man dann auch mal als 'bester Neuerer des Monats' ausgezeichnet werden.

FRAGE: Wer bestimmt denn, wer ausgezeichnet wird? Bestimmen das die Arbeitskollegen?

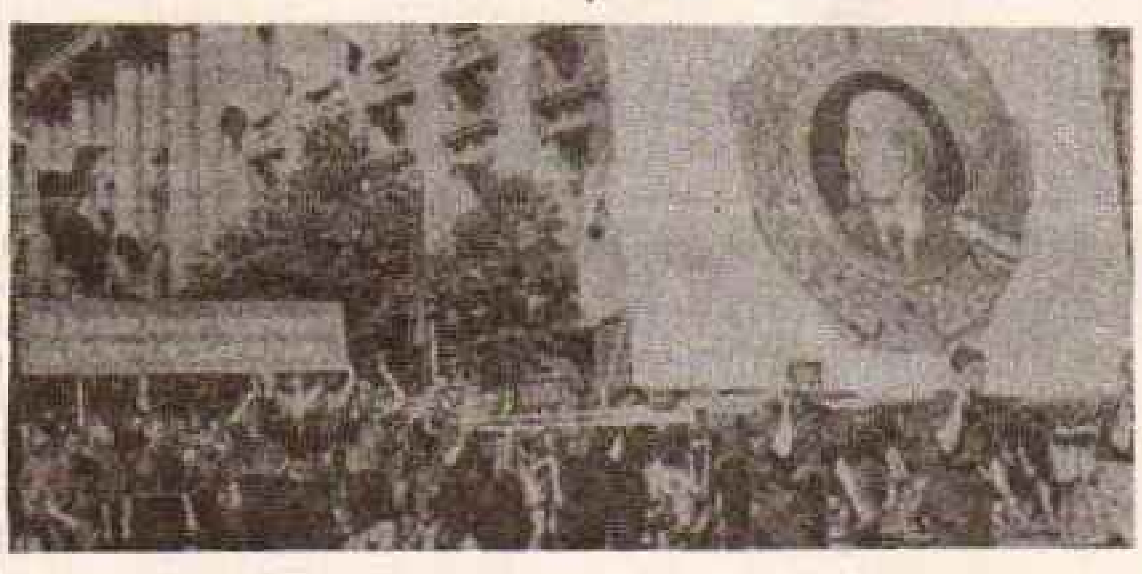
ANTWORT: Nein, das macht eine bestimmte Kommission. Wir bestimmen das nicht.

FRAGE: Was hältst Du von den Subotniks, von den freiwilligen Leistungen?

ANTWORT: Das ist doch alles Schwindel mit der Freiwilligkeit, Solidarität und Begeisterung. ...Bei uns in der Grube... haben wir sogar Weltrekorde in Abbauleistung aufgestellt. Wir haben tatsächlich Weltrekordleistungen gehabt. Das war aber reine Schau. Beim Rekordversuch haben die alles zur Verfügung gehabt. Wenn z.B. ein Bohrer kaputt ging, wurde gleich ein Ersatzbohrer nach vorn gereicht. Verstehst Du, da kann ich auch mit normaler Leistung Weltrekorde aufstellen...

FRAGE: Wie wird es denn mit der Planerfüllung gehalten?

ANTWORT: Da wird genauso geschummelt. Planwirtschaft ist gut, wenn sie reell ist. Aber bei uns gehen doch die Ganoven ihre krummen Wege, um sich dabei zu bereichern. Und je höher Du kommst, desto mehr Tricks haben die. Ich will Dir ein Beispiel sagen. Für die Planerfüllung bekommt der Betrieb eine Jahresprämie. Wir hätten im letzten Jahr in unserem Bereich den Plan dicke erfüllt und weit übererfüllt. Weisst Du, was die da oben gemacht haben? Die oben haben in unserem Bereich die Produktion gedrosselt, damit der ganze Betrieb nur knapp über 100% erfüllt. Wenn wir zu hoch liegen, haben die nämlich Angst, dass der Plan für das nächste Jahr von oben erhöht wird und die Jahresprämie für das nächste Jahr in Gefahr gerät. Die arbeiten nicht für den Sozialismus, sondern in die eigene Tasche. Die oben bekommen nämlich das meiste von diesen Prämien. Ich kann Dir sagen: Die Zahlen, die Du hier hörst, sind alle grosser Bluff.



Die sozialistische DDR ist nicht vergessen.

FRAGE: Du sagst, 'die oben'. Wer ist das?

ANTWORT: Ich will Dir wieder ein Beispiel sagen, das das Problem klarmacht. Da war ein Arbeiter, der sollte ausgezeichnet werden und studieren mit einem Stipendium, das fast die Höhe seines Lohnes betragen sollte. Kurz vorher ist er erwischt worden, wie er in seiner Aktentasche einige Lichtstrahler klauen wollte (wir nehmen ja alle mal dies oder jenes mit). Kurz und gut, dem wurde sofort alles gestrichen und abgeblasen.

Und nun ein anderer Fall. Zwei Bereichsleiter hatten sich das ganze Material für ihren Betrieb zum Hausbauen abgestellt. Als das rausgekommen war, wurden sie abgesetzt, weil das nun doch zu offensichtlich war. Aber nur, um ein paar Schächte weiter wieder eingesetzt zu werden. Die Häuser haben sie heute noch. Das ist korrupt. Je höher Du kommst, desto weniger passiert denen. Die können klauen und dann mit diesen Naturalien kaufen und tauschen. Hinter das, was weiter oben geschoben wird, kommt man ja gar nicht dahinter.

FRAGE: Wirkt sich das nicht auf den Plan aus?

ANTWORT: **Ja, das geht auch so zwischen ganzen Betrieben. Etwa: Eine Teppichfabrik braucht Elektromotoren. Die kann sie bestellen und dann muss sie lange warten. Nun passiert folgendes: Der Teppichbetriebsleiter nimmt ganz offiziell Teppiche zum Tauschen, d.h. zum Schmieren, und fährt zum Elektromotorenwerk und besorgt auf diesem Wege seine Motoren sehr schnell. Die fehlen dann natürlich an anderer Stelle. Und so geht das überall.**

FRAGE: Was hältst Du von der SED?

ANTWORT: Nun, für die SED-Mitglieder bestehen schon strenge Regeln, etwa die '10 Gebote der Moral', an die sie sich halten müssen. Aber man kann sagen, dass die Partei 'oben' ist. Die Intellektuellen sind alle in der Partei. Ich meine, das sind überwiegend Karrieristen. Verstehst Du mich, ohne Parteimitgliedschaft kannst Du keine Karriere machen. 90% aller Leute, die hochkommen, sind in der Partei... Und da ist noch so eine Sache: die Bürokratie. Das ärgert mich unheimlich. Wo bei uns vor 10 Jahren einer im Büro sass, sitzen heute eine ganze Reihe von Leuten. Jetzt gibt es zwar Datenverarbeitung, aber es werden nicht weniger. Wir müssen unsere Knochen hinhalten und diesen ganzen Apparat mitdurchfüttern.

FRAGE: **Du kennst ja meine Meinung, dass es bei Euch keinen Sozialismus mehr gibt und dass die Arbeiter auch ausgebeutet werden. Du weisst auch, was in Polen passiert ist. Ist Dir etwas von Widerstand bei Euch hier bekannt?**

ANTWORT: **Nein, und ich kann mir das irgendwie auch hier gar nicht vorstellen. Wir werden doch streng beobachtet. An jeder Ecke findest Du eine Betriebskampfgruppe und eine russische Garnison.**

FRAGE: Was haltet ihr als Arbeiter von Westdeutschland?

ANTWORT: Ein paar kriegen hier natürlich Stielaugen und sind geblendet von der Fassade. Aber man kann doch sagen: Es würde keiner mit Euch tauschen. Wir sehen das doch, die Inflation, die Preissteigerungen, die Streiks bei Euch.

FRAGE: Woher hast Du Deine Informationen über Westdeutschland?

ANTWORT: Wir sehen hier alle Westfernsehen. Die Tagesschau hast du ja selbst gesehen. Und dann haben wir unsere Zeitungen. Natürlich wissen wir, dass das Fernsehen nicht alles sagt und die Dinge verdreht. Aber glaube man, wenn wir von den Streiks sehen, dann können wir uns sehr gut in die Wahrheit reindenken. ..

Manchmal kennen wir die Lage in Westdeutschland besser als in der DDR. Wenn z.B. in Rostock was passiert, kriegen wir das nicht mit, wenn die das nicht wollen. Bei grossen Sachen hören wir es immer von beiden Seiten, z.B. als Chruschtschow abgesetzt wurde, war ich gerade in der Armee. Wir wussten durch das Westradio längst Bescheid, da wurden wir zum Appell geholt und was von Krankheit erzählt...

FRAGE: Und noch eine Frage zum Schluss. Was haltet ihr von der Volksrepublik China und der VR Albanien?

ANTWORT: Vor dem Bruch war China der grosse Bruder. Und dann plötzlich der grosse Verräter. Und in den letzten Jahren schweigt man sich total aus.

FRAGE: **Sind Euch die Gründe für den Bruch dargelegt worden? Hast Du z.B. schon von der Polemik um die Generallinie der Kommunistischen Weltbewegung von Anfang der 60-iger Jahre gehört, einem Briefwechsel zwischen dem ZK der KPdSU und dem ZK der KP Ch?**

ANTWORT: **Nein, kenne ich nicht; so was haben wir hier nie zu erfahren gekriegt. Aber die Arbeiter sind von China nicht abgeneigt. Ich finde es gut, dass dort die Intellektuellen regelmässig in der Produktion mit der Hand arbeiten müssen.**



Kommentar der RM-Redaktion:

Der Arbeiter, mit dem der Genosse gesprochen hat, ist sicher kein Kommunist. Er macht sich noch Illusionen über das Gesellschaftssystem in der DDR. Denn Inflation, Preissteigerungen wird es auch dort in zunehmenden Masse geben — genauso wie der Widerstand der Werktätigen gegen diese Ausplünderungspolitik keine 'Besonderheit' der Deutschen Bundesrepublik bleiben werden. Was diesen Widerstand angeht, ist der Kollege zu mutlos, meinen wir. Denn warum stehen an allen Ecken bewaffnete Posten, wenn nicht der Widerstand der DDR-Bevölkerung eine reale Gefahr für die neue Bourgeoisie dort ist?

Wir meinen, das Interview gibt all denen recht, die sagen: einen solchen 'Sozialismus' wollen wir nicht.
Denn das Leben des Bergarbeiters unterscheidet sich grundsätzlich in nichts von unserem Leben hier in der kapitalistischen Deutschen Bundesrepublik. Hier wie dort: Ausbeutung, Klassenjustiz, bewaffnete Truppen gegen die Werktätigen. Deshalb gibt das Interview auch denen unrecht, die mit dem Finger auf die DDR zeigen und damit den Sozialismus brandmarken wollen.

Die Worte des Bergarbeiters sind aber vor allem eine deutliche Warnung an die westdeutschen Politiker, und ihre Auftraggeber, die Krupp und Thyssen, nicht zu früh zu triumphieren, wenn heute die Proteste der Werktätigen in der DDR zunehmen.

Woran misst denn dieser Arbeiter die Zustände in der DDR? Etwa am 'freien Westen'? Nein, an der kurzen Zeit des sozialistischen Aufbaus. An der Zeit, in der die Entbehrungen und die Not für die Bevölkerung durch die Aushungerungsversuche der Alliierten und der westdeutschen Imperialisten ungeheuer gross waren — in der aber dafür der Arbeiter zum ersten Mal in der deutschen Geschichte sein eigener Herr war. Auch für diesen Arbeiter, an dem die Versuche der neuen Bourgeoisie, den Arbeitern das Klassenbewusstsein aus- und dafür den Geist des 'braven' Arbeiters einzutreiben, nicht spurlos vorübergegangen sind, ist doch eins klar: Lieber Freiheit und Not als Unfreiheit und zweifelhaftes Brot; lieber Sozialismus als Kapitalismus. Was diesen Arbeiter darum auch an Westdeutschland interessiert, sind nicht angebliche Freiheiten, sondern der Kampf seiner Klassenbrüder gegen die Unterdrücker.

Wie aber ist der Sozialismus, ist die Herrschaft der Arbeiterklasse, in der DDR wieder herzustellen? Der Bericht zeigt klar: Es ist aussichtslos, diesen Staatsapparat, die Zustände in der SED, in Wirtschaft und Gesellschaft, durch Kritiken oder einer Kulturkampfbewegung wie in Albanien wieder auf den richtigen Weg zu bringen. Wenn die Arbeiter die Gewehre der neuen Bourgeoisie in der DDR und der neuen Zaren im Kreml bedrohen, dann hilft kein Diskutieren mehr. Gegen konterrevolutionäre Gewalt hilft nur die revolutionäre Gewalt der Massen.

Für die Arbeiterklasse in der DDR gibt es heute nur noch den Ausweg, den es auch für uns gibt: die bewaffnete Zerschlagung des Unterdrückerstaates, die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Auf der Grundlage der Arbeitermacht in beiden Staaten Deutschlands werden wir auch diesem Bergarbeiter eines Tages die Hand reichen können zu einem vereinigten, unabhängigen und sozialistischen Deutschland.

Bestellschein

HIERMIT BESTELLE ICH:

AB NUMMER ....



Bestellungen an:
87 Würzburg,
Postfach 612

Der ROTE MORGEN erscheint wöchentlich und kostet pro Jahr (52 Ausgaben) einschließlich Porto DM 25,-. Dieser Betrag ist im Voraus auf das Postscheckkonto Hamburg 26 27 67 – 203 (Verlag E. Aust) zu zahlen. Das Abonnement kann jederzeit gekündigt werden. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

NAME, VORNAME ....
BERUF ....
POSTLEITZAHL, ORT ....
STRASSE ....
DATUM ....
UNTERSCHRIFT ....

Kontaktadresse: